

Andler, Gabriela

**Thomas Hobbes´ Staatstheorie –  
ihre Anwendung im Falle der Salzburger Exulanten**

BACHELORARBEIT

HOCHSCHULE MITTWEIDA

---

UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES

Fakultät Soziale Arbeit

Roßwein 2013

Andler, Gabriela

**Thomas Hobbes´ Staatstheorie –  
ihre Anwendung im Falle der Salzburger Exulanten**

eingereicht als  
**B A C H E L O R A R B E I T**

an der  
**H O C H S C H U L E M I T T W E I D A**

---

**U N I V E R S I T Y O F A P P L I E D S C I E N C E S**

Fakultät Soziale Arbeit

Roßwein 2013

Erstprüfer:	Herr Prof. Dr. Wolfgang Faust
Zweitprüfer:	Herr Dipl.-Päd. Harald Müller

#### Bibliographische Beschreibung:

Andler, Gabriela:

Thomas Hobbes' Staatstheorie – ihre Anwendung im Falle der Salzburger Exulanten.  
40 S.

Roßwein, Hochschule Mittweida/Roßwein (FH), Fakultät Soziale Arbeit,  
Bachelorarbeit, 2013

#### Referat:

Die Bachelorarbeit befasst sich mit den Ansichten Thomas Hobbes' über den Staat und seine Beziehungen zu den Bürgern sowie deren praktische Anwendung im Falle der Salzburger Exulanten ab 1731. Die Ansiedlung der Salzburger in Preußen stellt ein historisches Beispiel gelungener Einwanderungspolitik dar. Die Gründe hierfür werden aufgezeigt und mit der aktuellen Einwanderungspolitik – speziell der Asyl- und Flüchtlingspolitik - der BRD verglichen. Abgeleitet werden Ressourcen dieser Politik und Denkanstöße für die Soziale Arbeit.

## Inhaltsverzeichnis

1	Zielstellung der Arbeit	5
2	Thomas Hobbes und sein Entwurf des Staates	6
2.1	Entstehung und Anliegen des „Leviathan“	6
2.2	Naturzustand und -recht bei Hobbes	8
2.3	Naturgesetze	9
2.4	Souveränitätsverzicht und Bildung des Staates	11
2.5	Gehorsamspflicht und Grenzen derselben	14
3	Geschichte der Salzburger Exulanten	16
3.1	„Vertragsbruch“ gegenüber dem Fürsterzbistum Salzburg	16
3.2	„Vertragsschluss“ der Salzburger mit Friedrich Wilhelm I. und ihre Aufnahme in Preußen	21
4	Eine „demokratische ... Gesellschaft, zu der jeder freien Zutritt hat“? (Hobbes 2009: 188)	26
4.1	„Mentalitätswandel“?	27
4.2	Verschenktes Potential	31
5	Einige Denkanstöße für die Soziale Arbeit	33
	Literatur- und Quellenverzeichnis	37
	Erklärung	40

## **1 Zielstellung der Arbeit**

Jährlich am 20. Juni, dem „Weltflüchtlingstag“, veröffentlicht das UNO-Flüchtlingshilfswerk UNHCR seinen „Global Trends“-Bericht. Im Jahr 2012 lauteten die Zahlen (für 2011) wie folgt: 42,5 Millionen Menschen weltweit sind heimatlos, 15,42 Millionen davon werden als Flüchtlinge gezählt - ca. die Hälfte sind zwischen 12 und 24 Jahre alt. Dazu kommen 26,4 Millionen Binnenvertriebene und 895.000 Asylsuchende. 80 Prozent der Flüchtlinge werden von Entwicklungsländern aufgenommen. Darüber, wie viele Menschen weltweit auf der Flucht vor Gewalt, Verfolgung, Hunger und den Folgen des Klimawandels sterben, gibt es keine Zahlen. Allein die Zahl der im Mittelmeer Ertrunkenen wird für 2011 mit 1.500 bis 2.200 geschätzt 7,1 Millionen der 10,4 Millionen Flüchtlinge unter UNHCR-Mandat (die etwa 5 Millionen palästinensischen Flüchtlinge stehen unter dem Mandat einer anderen Organisation) warten seit mindestens fünf Jahren darauf, dass für ihre Zukunft eine langfristige Lösung gefunden wird.

Die Bundesrepublik Deutschland gewährt aktuell etwa einer halben Million Flüchtlingen und Asylbewerbern Aufenthalt - Pakistan demgegenüber 1,7 Millionen Menschen. (vgl. [www.unhcr.de](http://www.unhcr.de))

1992 – vor der Verschärfung des Asylrechts durch die Verabschiedung des Asylbewerberleistungsgesetzes – kamen fast doppelt so viele Asylbewerber in die Bundesrepublik Deutschland (438.191) wie heute in alle 27 EU-Länder zusammen. (vgl. Süddeutsche Zeitung online 18.06.2012) Dennoch war auch das Jahr 2012 weiterhin gekennzeichnet von einer sog. „Asyl-Debatte“, deren Höhepunkt die Propaganda gegen Sinti und Roma bildete, und die Friedrich-Ebert-Stiftung charakterisierte die Bundesrepublik Deutschland als ein „Einwanderungsland ohne Einwanderungspolitik“.

In seinem Hauptwerk „Der Leviathan oder Stoff, Form und Gewalt eines kirchlichen und staatlichen Gemeinwesens“ entwickelte Thomas Hobbes 1651 umfassende Überlegungen zur Gestaltung der Beziehungen eines Staates zu den Menschen. Praktisch umgesetzt – wobei nicht überliefert ist, ob Friedrich Wilhelm I. jemals Hobbes gelesen hat – wurden diese mit der preußischen Einwanderungspolitik zu Beginn des 18. Jahrhunderts.

Die vorliegende Arbeit widmet sich der Fragestellung: „Was ergibt sich aus der Staatstheorie Thomas Hobbes' - und ihrer offensichtlich erfolgreichen Anwendung in Bezug

auf die Salzburger Exulanten<sup>1</sup> – für die aktuelle Einwanderung der Bundesrepublik Deutschland?“, um Aspekte der Übertragbarkeit in die Gegenwart abzuleiten.

Die Salzburger, die mehrheitlich Bauern und Handwerker waren, auszuwählen, dient im Rahmen der Arbeit dem Ziel der Vergleichbarkeit mit heutigen gering oder durchschnittlich qualifizierten Zuwanderern – als die gerade Flüchtlinge bzw. Asylbewerber per se eingeschätzt werden.

Die Arbeit konzentriert sich im Sinne der Fragestellung auf die entsprechenden Schwerpunkte des „Leviathan“, im weiteren Verlauf auf die Flüchtlings- und Asylthematik und Fragestellungen speziell der Flüchtlingssozialarbeit.

## **2 Thomas Hobbes und sein Entwurf des Staates**

### **2.1 Entstehung und Anliegen des „Leviathan“**

Thomas Hobbes´ (05.04.1588/ Westport bei Malmesbury – 04.12.1679/ Derbyshire) „Der ‚Leviathan oder Stoff, Form und Gewalt eines kirchlichen und staatlichen Gemeinwesens‘ aus dem Jahre 1651 ist sein Versuch zur Entwicklung einer „konsequenten politischen Mechanik“ (Euchner 1985: 353), was für einen Mathematiker persönlich naheliegend erscheint. Nach seiner Auffassung lag „Wissenschaft nur dann vor, wenn nach mathematischem und naturwissenschaftlichem Vorbild aus klaren Axiomen<sup>2</sup> und Definitionen Schlussfolgerungen abgeleitet werden können“. (ebd. 354). Auf Basis seiner Werke „Human Nature, or the Fundamental Elements of Policy“ und „Elements of Law“ – beide im Jahr 1640 erschienen – entwickelte Hobbes in diesem Bemühen konsequent seine Staatsphilosophie als ein „umfassendes politiktheoretisches System“ (ebd. 367) weiter.

Noch Ende der 1630er Jahre bekannte sich Hobbes zur absoluten Macht des Königs – eine Position, die zu diesem Zeitpunkt durch das englische Parlament bereits mit Strafe bedroht wurde, denn England stand zu jener Zeit am Beginn eines Bürgerkrieges. Hobbes sah sich daher 1640 gezwungen, nach Paris zu emigrieren und lebte dort im Umfeld des exilierten englischen Hofes, an dem er sich als ehemaliger Erzieher in

<sup>1</sup> hergeleitet aus dem lat. „exulare“/ „exulans“ für „verbannen“/ „verbannt sein“

<sup>2</sup> unbeweisbarer jedoch in sich einsichtiger Grundsatz, der als Ausgangspunkt einer ableitenden Theorie dient

Adelsfamilien, zeitweilig auch als Sekretär Francis Bacons, bereits seit Beendigung seines Studiums bewegte. Doch „die Logik seiner politischen Philosophie trieb zu Konsequenzen, die ihm die Feindschaft des Hofes einbringen mussten“, denn „ihr zufolge ist ein Untertan dem Souverän nur solange zum Gehorsam verpflichtet, wie dieser ihn schützen kann und hierzu war der exilierte König gerade nicht in der Lage“. (ebd. 354)

Zusätzlich verdächtig erschien die Erstveröffentlichung des „Leviathan“ in London, zudem in englischer – statt wie damals üblich in lateinischer – Sprache. Hobbes´ Stellung in Frankreich wurde damit unhaltbar, so dass er sich im Winter 1651 zur Rückkehr nach London entschloss. „Zwar schenkte ihm Karl II. nach der Restauration wieder seine königliche Gnade“ (ebd.), dennoch befand er sich auch weiterhin in einer sehr konflikthafter Position: ihm wurde vorgeworfen er sei ein Atheist, ein Sittenverderber und den „Leviathan“ habe er zur Unterstützung Oliver Cromwells geschrieben. (vgl. ebd.)

Demgegenüber betonte Thomas Hobbes selbst als Ziel seines politischen Denkens: „in der gegenwärtigen Welt der blutigen Glaubens- und Religionskriege endlich die Formel zu entwickeln, wonach die Menschen nicht nur friedlich, sondern auch einigermaßen gut zusammenleben können“ (ebd. 353), denn aus „jedem Bürgerkrieg erhellt, wie das menschliche Leben ohne einen allgemeinen Oberherrn beschaffen sein würde.“ (Hobbes 2009: 136)

Da er in seinem Hauptwerk offensichtlich auch seine persönlichen Erfahrungen verarbeitet - z. B. „Die Meinung derer, welche öffentlich behaupteten, die Rechte des englischen Reiches wären zwischen dem König, dem Ober- und Unterhaus geteilt, wurde die Ursache des darauf entstandenen Bürgerkrieges.“ (Hobbes 2009: 18) - ist die Bezeichnung des Naturzustandes ausschließlich als bloße „methodische Abstraktion“ (Hartmann 2005: 13) strittig.

Auch die symbolische Darstellung des „Leviathan“, der für ihn selbstverständlich sowohl weltliche als auch kirchliche Macht in sich vereint, ist vor dem geschichtlichen Hintergrund der Entstehung von Thomas Hobbes Hauptwerk, dem keine Erfahrungen zu alternativen und dennoch stabilen Staatsformen vorlagen, zu betrachten und nicht als Einschränkung seiner Theorie zu sehen.

Zur Staatstheorie von Thomas Hobbes gibt es auch in der Gegenwart vielfältige Auslegungen: „Viele assoziieren einen autoritären Staat, andere entdecken in ihm frühe An-

sätze von Liberalismus und Menschenrechten. Dritte betrachten ihn als Vorboten des Sozialismus. Für manche ist Hobbes ein Theoretiker des Absolutismus, für andere ein Apologet der englischen Revolutionäre; viele unterstellen ihm Atheismus, andere ordnen ihn als Vertreter göttlichen Naturrechts ein.“ (Luther 2010: 365) Wohl am weitesten verbreitet ist, Thomas Hobbes als Fürsprecher von Absolutismus, Totalitarismus oder Diktatur zu bezeichnen (vgl. Kleine 2006). Er selbst zieht jedoch drei mögliche Staatsformen in Betracht: „die monarchistische, bei der die höchste Gewalt in den Händen eines Einzigen ist; die demokratische, bei der diese Gewalt von einer gewissen Gesellschaft, zu der jeder freien Zutritt hat, ausgeübt wird, und die aristokratische, bei der die höchste Gewalt dem vornehmsten Bürgerstand anvertraut ist. Mehr Arten von Staatsverfassungen gibt es nicht; da die höchste Gewalt notwendig einem Einzigen oder mehreren oder allen zukommen muss. ... Der Unterschied dieser drei Staatsverfassungen beruht nicht auf Verschiedenheit der Gewalt selbst, sondern auf Verschiedenheit der Art, wie die Bürger zur Erhaltung des Friedens und Schutzes am besten mitwirken können.“ (Hobbes 2009: 188 f.)

## **2.2 Naturzustand und -recht bei Hobbes**

Thomas Hobbes nutzt in seinem Hauptwerk „Der Leviathan oder Stoff, Form und Gewalt eines kirchlichen und staatlichen Gemeinwesens“ als Ausgangspunkt – im Sinne seiner Wissenschaftsauffassung also Axiom - seiner Vertrags- wie auch seiner Staatstheorie zunächst das Konstrukt eines Naturzustandes der Menschen „ohne eine einschränkende Macht“ (Hobbes 2009: 134), also vor der Bildung von Gesellschaften und Staaten, die für ihn ineinander fallen.

Dabei geht Hobbes von der Gleichheit aller Menschen „sowohl in Hinblick der Körperkräfte als der Geistesfähigkeiten“ (ebd. 132) aus.<sup>3</sup> „Hierauf gründet sich nun auch die Hoffnung, die ein jeder zur Befriedigung seiner Wünsche hegt. Sooft daher zwei ein und dasselbe wünschen, dessen sie aber beide nicht zugleich teilhaftig werden können, so wird einer des anderen Feind und um die vorgesetzte Absicht, welche mit der Selbsterhaltung immer verbunden ist, zu erreichen, werden beide dahin trachten, sich den anderen entweder unterwürfig zu machen oder ihn zu töten ... indes werden sie, sobald Stärkere über sie kommen, ein Gleiches erleiden müssen.“ (ebd. 133) in diesem

<sup>3</sup> mögliche individuelle Unterschiede in Intelligenz und Körperkraft ignoriert er dabei durchaus nicht, aber natürlich sind Hinterhalte, List oder auch Zweckbündnisse mit anderen legitim, um Intelligenteren bzw. Stärkere zu überwinden.



radikalen Naturzustand hat und beansprucht also jeder – mit dem Ziel des persönlichen körperlichen und ökonomischen Selbsterhalts – das Recht auf alles: „was jemand erworben hat, gehört ihm, solange er es sich zu sichern imstande ist“ (ebd. 137). Aus diesem Naturrecht<sup>4</sup> resultieren natürlich gegenseitige Konkurrenz und permanentes Misstrauen gegenüber den Mitmenschen, die auch vorbeugende Gewalt rechtfertigen – ein „Krieg aller gegen alle“ (ebd. 135). „Solange daher dieses Recht gilt, wird keiner, sollte er auch der Stärkste sein, sich für sicher halten können.“ (ebd. 139)

In diesem Natur-, also im Kriegszustand, besteht für Hobbes das entscheidende Dilemma darin, dass kein Einzelner diesen Automatismus durchbrechen kann, selbst wenn er erkennt, dass es einen besseren Zustand gibt, denn solange ihm nicht ausnahmslos alle folgen, liefert er sich ihnen aus.

Hobbes schlussfolgert daraus: „Wie leicht einzusehen, negieren sich die Rechte eines jeden auf alles selbst. ... Die permanente Lebensgefahr könne deshalb nur überwunden werden, wenn es der jeweils subjektiven Vernunft der einzelnen gelänge, ein Gut zu entdecken, das allen gemeinsam nützt und nur von allen zusammen genossen werden kann. Ein solches Gut gebe es. Es sei der Frieden.“ (Euchner 1985: 357) – Weiter formuliert Hobbes: „Die Leidenschaften, die die Menschen zum Frieden unter sich geneigt machen können, sind: Die Furcht überhaupt und insbesondere vor einem gewaltsamen Tod, ferner das Verlangen nach den zu einem glücklichen Leben erforderlichen Bedingungen und endlich die Hoffnung, diese sich durch Anstrengung wirklich zu verschaffen.“ (Hobbes 2009: 137)

### **2.3 Naturgesetze**

Aus dieser Furcht und Hoffnung, einem Sicherheitsbedürfnis also, das neben dem Selbsterhaltungstrieb zur Wirkung kommt, wie auch der Befähigung der Menschen zu rationalem Kalkül und zur Verständigung, leitet Thomas Hobbes zwei primäre Naturgesetze ab, als „Vorschrift oder allgemeine Regel der Vernunft“ (Hobbes 2009, 139): „Suche Frieden, solange nur Hoffnung dazu da ist; verschwindet diese, so schaffe dir von allen Seiten Hilfe und nütze sie; dies steht dir frei. ... Aus diesem ersten Naturgesetz ergibt sich das zweite: Sobald seine Ruhe und Selbsterhaltung gesichert ist, muss

<sup>4</sup> „Das Naturrecht ist die Freiheit, nach welcher ein jeder zur Erhaltung seiner selbst seine Kräfte, und folglich alles, was dazu etwas beizutragen scheint, beliebig zur Anwendung bringen kann.“ (Hobbes 2009: 138)

auch jeder von seinem Recht auf alles – vorausgesetzt, dass andere dazu auch bereit sind – abgehen und mit der Freiheit zufrieden sein, die er den übrigen eingeräumt wissen will.“ (ebd. 140)

Neben diesen beiden primären Naturgesetzen gibt es nach Thomas Hobbes neunzehn weitere, unter anderem

- die Übertragung von Rechten kann nur freiwillig geschehen und muss für den Übertragenden etwas Gutes zur Absicht haben – daher ist alles Recht, das die physische Selbsterhaltung gewährleistet, nicht übertragbar;
- wenn Versprechungen nicht erfüllt werden ist die Abtretung des Rechts unwirksam – damit bleibt der Krieg aller gegen alle bestehen;
- die Verletzung eines geschlossenen Abkommens ist Ungerechtigkeit: „Gerechtigkeit ist der feste Entschluss, einem jeden das Seinige zu geben. Denn wo nicht so etwas da ist, was man das Seinige nennen kann, oder wo kein Eigentum da ist, da fällt alles Ungerechte weg ...“ (ebd. 151);
- „wer eine Wohltat unverdient empfängt, muss dahin streben, dass der Wohltäter sich nicht genötigt sehe, seine erwiesene Wohltat zu bereuen ...“ (ebd. 156);
- jeder möge den anderen nützlich werden (Thomas Hobbes vergleicht hier die Verschiedenheit der Menschen mit der der Steine, die gemeinsam in ihrer unterschiedlichen Funktionalität ein Gebäude bilden);
- „jeder muss Beleidigungen vergeben, sobald der Beleidiger reuevoll darum bittet und er selbst für die Zukunft sichergestellt ist“ (ebd. 157);
- „bei jeder Rüge muss auf die Größe nicht des vorangegangenen Übels, sondern des zu erhoffenden Guten Rücksicht genommen werden“ (ebd. 158);
- „Da alle Anzeigen des Hasses und der Verachtung erbittern, so wird ... angenommen: Niemand darf durch Tat, Wort, Miene oder Gebärde eine Verachtung oder einen Hass gegen jemanden blicken lassen“ (ebd.);
- „Alle Menschen sind von Natur aus gleich. Die Übertretung dieses Gesetzes ist Stolz“ (ebd. 159);
- „Bei Schließung eines Friedens darf niemand ein Recht für sich verlangen, welches er dem anderen nicht zugestehen will“ (ebd.);
- Streitsachen sind einem Richter zu übergeben und dieser muss unparteiisch sein;
- „jede unteilbare Sache muss gemeinschaftlich genutzt werden“ (ebd.).

„Die Absicht aller dieser Naturgesetze geht dahin, alle Menschen untereinander in Frieden zu halten.“ (ebd. 161) Im Sinne des Rechts auf und der Pflicht zur Selbsterhaltung handelt es sich bei den natürlichen Gesetzen also um „eine von der Vernunft vermittelte Vorschrift oder allgemeine Regel, nach der es einem Menschen verboten ist, das zu tun, was sein Leben vernichten oder ihn der Mittel zu seiner Erhaltung berauben kann, und das zu unterlassen, wodurch es seiner Meinung nach am besten erhalten werden kann“. (ebd. 138) „In der Wissenschaft der natürlichen Gesetze besteht die einzige wahre Sittenlehre, welche alles das in sich begreift, was in der gesellschaftlichen Verbindung der Menschen gut oder böse ist. ... Diese Lehren der Vernunft führen zwar den Namen Gesetze, aber nicht im eigentlichen Sinne des Wortes; denn es sind nur allgemeine Wahrheiten von dem, was zur Erhaltung des Menschengeschlechts erforderlich ist.“ (ebd. 163)

## **2.4 Souveränitätsverzicht und Bildung des Staates**

Das im zweiten Naturgesetz geschilderte Abrücken aller von ihrem Recht auf alles und gleichzeitige gegenseitige Einräumen gleicher Freiheiten stellt für Hobbes den eigentlichen Vertragsschluss<sup>5</sup> dar: „Eine wechselseitige Übertragung eines Rechts wird Vertrag genannt“. (ebd. 141)

Mit diesem Vertrag muss nach Hobbes der Mensch staatliche Gemeinschaft als Gegenbild zum Naturzustand selbst entwerfen und erschaffen. Gesellschaft entsteht für ihn erst parallel zur Bildung des Staates. Sein Konstrukt des Staates ist dabei daraus erklärlich, dass natürlich ein „Vertrag eines jedem mit jedem“ objektiv nicht möglich ist und daher ein Mittler bzw. Stellvertreter aller Vertragsschließenden eingesetzt werden muss, der in dieser Funktion außerhalb dieses Vertrages steht. Die Hobbesche Vertragsformel stellt also rechtlich gesehen „einen Vertrag zugunsten eines Dritten dar, der zwar begünstigt, aber nicht Kontrahent ist. ... Hobbes' Vertragsformel umgeht ferner den in der Sozialvertragslehre verbreiteten Dualismus zwischen Gesellschaftsvertrag, der erst die isolierten einzelnen des Naturzustands vergesellschaftet, und Herrschaftsvertrag, wodurch die Gesellschaft politische Institutionen einsetzt. Bei Hobbes fallen beide Verträge in eins.“ (Euchner 1985: 358 f.)

<sup>5</sup> Nach Hobbes ist ein Vertragsschluss unter bestimmten Bedingungen zwar auch im Natur-, also im permanenten Kriegszustand, durchaus möglich, jedoch zu fragil, solange „keine Gewalt da ist, welche die Leidenschaften durch Furcht vor Strafe gehörig einschränken kann und auf die Haltung der natürlichen Gesetze und Verträge drängt“. (Hobbes 2009: 171)

„Um aber eine allgemeine Kraft zu gründen, unter deren Schutz gegen auswärtige und innere Feinde die Menschen bei dem ruhigen Genuss der Früchte ihres Fleißes und der Erde ihren Unterhalt finden können, ist der einzig mögliche Weg hierzu der, dass jedweder alle seine Macht oder Kraft einem oder mehreren Menschen übertrage, wodurch der Wille aller gleichsam in einen Punkt vereinigt wird, so dass dieser Mensch, oder diese eine Gesellschaft eines jeden einzelnen Stellvertreter werde, und ein jeder die Handlungen jener so betrachte, als habe er sie selbst getan, weil sie sich dem Willen und Urteil jener freiwillig unterworfen haben. Dies fasst aber noch etwas mehr in sich als Übereinstimmung und Eintracht, denn es ist eine wahre Vereinigung in eine Person und beruht auf dem Vertrag eines jeden mit jedem, wie wenn ein jeder sagte: 'Ich übergebe mein Recht, mich selbst zu beherrschen, diesem Menschen oder dieser Gesellschaft unter der Bedingung, dass du ebenfalls dein Recht über dich ihm oder ihr abtrittst.' Auf diese Weise werden alle Einzelnen eine Person und heißen Staat oder Gemeinwesen.“ (Hobbes 2009: 175)<sup>6</sup>

Sein Gegenbild zum Naturzustand nennt Hobbes symbolisch „der große Leviathan oder, wenn man lieber will, der sterbliche Gott dem wir ... allein Frieden und Schutz zu verdanken haben. Dieses von allen und jedem übertragene Recht bringt eine so große Macht und Gewalt hervor, dass durch sie die Gemüter aller zum Frieden unter sich gern geneigt gemacht ... werden (ebd. 175 f.) – einen „institutionellen Staat“. (ebd. 176) Dabei ist die „ institutionelle Struktur des Staates ... nur dann handlungsrelevant, wenn man sich ihren Regeln nicht entziehen kann.“ (Utzinger 2005: 10) Wesentlich ist also die Ordnungsfunktion.

Leviathan nun als eine nur virtuelle, außerhalb der Menschen stehende Macht zu interpretieren (vgl. Kleine 2006: 5) widerspricht der Aussage Hobbes': „Die größte menschliche Macht ist die, welche aus der Verbindung sehr vieler Menschen zu einer Person entsteht, sie mag nun eine natürliche sein wie der Mensch oder aber eine künstliche Person wie der Staat, wenn nur von dem Willen derselben die Macht aller übrigen

<sup>6</sup> Hobbes selbst nimmt den Einwand vorweg, dass bei Bildung des Staates die Bürger üblicherweise nicht per Wahl beteiligt werden: „Der größte Einwurf gegen die unumschränkte Gewalt wird gewöhnlich von dem hergenommen, was wirklich geschieht, da man die Frage aufwirft: Wo und wann eher ist diese höchste Gewalt von den Untertanen anerkannt worden? Aber ebenso kann man im Gegenteil fragen: Wo und wann eher war ein Staat, in welchem keine unumschränkte Macht herrschte, ohne Aufruhr und inneren Krieg?“ (Hobbes 2009: 209)

abhängt.“ (Hobbes 2009: 96) Verdeutlicht wird dies auch durch das Bild des Leviathan als eines durch zahllose Menschen gebildeten Körpers, das Hobbes selbst in Auftrag gegeben haben soll und das bereits der Erstausgabe des Werkes im Jahre 1651 voranstand (vgl. Utzinger 2005) Auch wenn Hobbes davon ausgeht, dass der Staat der Souverän ist, entwickelt sich hier kein wirklicher Widerspruch zu modernen Staatstheorien, wonach das Volk der Souverän ist – denn der Staat ist, wie sich aus der Symbolik von Hobbes erschließt, letztlich aus dem Volk gebildet.



Ausschnitt aus dem Frontispiz der Originalausgabe des „Leviathan oder Stoff, Form und Gewalt eines kirchlichen und staatlichen Gemeinwesens“ ([www.rauhfasler.de](http://www.rauhfasler.de))

Demzufolge lautet Hobbes' Definition des Staates: „Der Staat ist eine Person, deren Handlungen eine große Menge Menschen, kraft der gegenseitigen Verträge eines jeden mit einem jeden, als ihre eigenen angehen, damit dieselbe nach ihrem Gutdünken die Macht aller zum Frieden und zur gemeinschaftlichen Verteidigung anwende.“ (Hobbes 2009: 176) Wesentlich für Hobbes ist der Verzicht des einzelnen auf seine individuelle Souveränität zugunsten der Autorisierung einer einzigen Macht über allen Mitgliedern der nunmehr begründeten Gesellschaft immer aber mit „Frieden und Schutz

zur Absicht“ (ebd. 181). Der Staat ist also „eine zweckrationale Veranstaltung zur Sicherung des Überlebens und der Wohlfahrt der Untertanen.“ (Euchner 1985: 362)

Die Autorisierung beinhaltet im Detail jedoch auch eine Unantastbarkeit des Staates: Zum einen „können die Bürger ... weder diese Einrichtung verändern, noch zum Naturzustand zurückkehren, wenn nicht der Oberherr selbst oder jedweder von den Bürgern darein willigt. Sie würden alsdann den gemeinschaftlichen Vertrag brechen, und ihrem Oberherrn die ihm gegebene und somit rechtmäßige Gewalt widerrechtlich rauben.“ (Hobbes 2009: 177) Weiterhin ist ausgeschlossen, „dass der Oberherr ... Unrecht tun kann, denn was er tut, tun sie selbst. Sich selbst aber kann niemand Unrecht zufügen.“ (ebd. 180) „Die Untertanen des Leviathan können sich auf staatliche Verstöße gegen Gerechtigkeitsprinzipien nicht berufen.“ (Euchner 1985: 366)

Für denjenigen, dem die höchste Gewalt übertragen wurde ist damit „auch das höchste Recht verbunden, zu entscheiden, was zur Erhaltung oder zur Störung des Friedens gereichen kann“ (Hobbes 2009: 181), den Staat also zu stabilisieren. Hobbes leitet daraus unter anderem als vorrangige Rechte ab:

- die Aufsicht über Meinungen, da Handlungen „ihren Grund in Meinungen“ (ebd. 181) haben<sup>7</sup>,
  - den Erlass von Vorschriften über das Eigentum „damit ein jeder wisse, was ihm gehört, und dessen ungestört genießen könne, auch unterrichtet werde, was er mit Recht tun und auch nicht tun dürfe“ (ebd. 182) und
  - „das Richteramt“ (Hobbes 2009: 182), um die Bürger gegen Unrecht zu sichern.
- Diese Rechte dürfen nach Hobbes nicht getrennt werden, sonst „trifft das ein was Christus sagt: ‘Ein jegliches Reich, so es mit sich selbst uneins wird, das wird wüst.’“ (ebd. 185) und schlussfolgert – auch im Sinne staatlicher Verantwortung: „Wird also ein Staat nicht durch eine äußere Gewalt, sondern durch innere Empörung zerstört, so sind die Stifter desselben daran schuld.“ (ebd. 296)

## **2.5 Gehorsamspflicht und Grenzen derselben**

Da Selbsterhaltung und Sicherheit der Menschen bei Hobbes bereits in den übergeordneten Naturgesetzen im Mittelpunkt stehen und Ziel des Staates sein müssen, ist

<sup>7</sup> Hobbes betont in diesem Zusammenhang: jedoch ausdrücklich: „Wahrheit ist der Zweck alles Lehrens, und sobald eine Lehre diesem Zweck entspricht, kann sie auch dem Frieden nie gefährlich sein ...“ (Hobbes 2009: 181)

für ihn der Rahmen staatlicher Autorität wie folgt umrissen: „Es ist gewiss, dass alles, was dem Naturgesetz nicht entgegen ist, von der höchsten Gewalt zu einem bürgerlichen Gesetz gemacht werden kann.“ (Hobbes 2009: 268)

Dabei ist die Gesetzgebung für Hobbes durchaus nichts Statisches, Endgültiges: „Bürgerliche Gesetze und alles, was den Staat betrifft, sind der Veränderung unterworfen, nicht aber die Naturgesetze. ...“ (ebd. 262) Allerdings geht für ihn die Veränderung selbstverständlich immer vom Souverän, als demjenigen, der über das Gewaltmonopol verfügt, aus.

Die Verletzung eines Gesetzes ist gleichsam eine Verletzung aller Gesetze und eine Gefährdung des Staates: „In der Übertretung eines Gesetzes liegt nicht nur eine Veründigung, sondern auch ein gewisse Verachtung des Gesetzgebers, welche als eine Verletzung seiner sämtlichen Gesetze anzusehen ist.“ (ebd. 270)

Sollte ein Ungehorsam also nicht aus der Gefährdung von Frieden und Sicherheit hervorgehen, ist er unzulässig. Dies betrifft - Hobbes' Leviathan vereint schließlich kirchliche und weltliche Macht in sich - auch die Religionsausübung: „Es war niemals irgendwo den Bürgern erlaubt – und ist es auch jetzt noch nicht – von ihren Handlungen andere göttliche Gesetze, außer denen, die in dem Staat dafür erkannt werden, als Ursachen anzugehen. Und wie in den nichtchristlichen Staaten gewöhnlich diejenigen, welche von ihrer Religion abfallen, gestraft werden, ebenso geschieht s in den christlichen Staaten mit denen, welche von dem Christentum abfallen.“ (ebd. 268 f.) Hierbei geht es Hobbes nicht um die Wahrheit oder Unwahrheit einer Lehre, sondern um die Verletzung des Gesetzes und den Vorwand „sich gegen den Oberherren zu stellen: es mag dieser Vorwand nun aus der Religion oder aus dem natürlichen oder bürgerlichen Recht genommen werden“. (ebd. 274)

Im Selbstzweck des Souveräns, Frieden für die Bürger und ihre Selbsterhaltung zu gewährleisten, liegen auch die Grenzen der Gehorsamspflicht der Bürger des Staates und selbst, ob der Staat dann überhaupt noch besteht kann angezweifelt werden: „Der Leviathan wird vom Menschen zu einem bestimmten Zweck geschaffen, nämlich den Frieden zu sichern. Erfüllt er diese Funktion nicht, oder nicht mehr, existiert er per definitionem auch nicht.“ (Utzinger 2005: 9)

„Wenn der Oberherr befiehlt, dass ein Bürger, wäre er auch durch Urteil und Recht zum Tod verurteilt, sich selbst umbringen, verstümmeln oder verwunden oder sich ei-

nem gewaltsamen Angriff nicht widersetzen oder sich der Nahrungsmittel, der Arznei, der Luft und dessen, was sonst zur Erhaltung des Lebens nötig ist, enthalten soll, so steht es dem Bürger frei, sich dessen zu weigern.“ (Hobbes 209: 216) Einige Verhaltensweisen sind also „nach Hobbes´ Auffassung so elementar mit dem Selbsterhaltungsrecht verbunden, dass niemand verpflichtet ist, davon (wegen der Gehorsamspflicht) abzulassen. Niemand brauche z. B. auf den Anspruch auf körperliche Bewegungsfreiheit und elementare Lebensgrundlagen wie Luft und Wasser zu verzichten. Niemand könne gezwungen werden, sich selbst zu vernichten oder keinen Widerstand gegen Angreifer zu leisten – auch wenn es sich um Staatsdiener handelt. ... Hobbes beharrt auf der Relation von Schutz und Gehorsam; Gesinnungen wie Patriotismus oder Treue zum Souverän sind hierbei zweitrangig.“ (Euchner 1985: 360 f.)

### **3 Geschichte der Salzburger Exulanten**

#### **3.1 „Vertragsbruch“ gegenüber dem Fürsterzbistum Salzburg**

Salzburg, das zu jener Zeit nicht österreichisch war, wurde seit der Trennung von Bayern im Jahre 1328 von Landesherrn in Doppelfunktion, die Kirchenhoheit und weltliche Hoheit in sich vereinte, regiert. Das Fürsterzbistum Salzburg wurde im Westfälischen Frieden von 1648 als souveränes Fürstentum anerkannt, ratifizierte allerdings niemals die entsprechenden Beschlüsse des Friedensvertrages, wonach Bewohnern, die sich nicht zur – in diesem Falle - katholischen Staatsreligion bekannten, drei Jahre hätten gegeben werden müssen, in sog. paritätische bzw. akatholische Landesteile umzusiedeln oder auszureisen. Salzburg blieb bis zum Wiener Kongress 1816 ein unabhängiger katholischer Kirchenstaat. (vgl. [www.salzburg.com](http://www.salzburg.com))

Schon seit ca. 1528 verbreiteten sich Luthers Thesen auch in Salzburg. Der damals regierende Kardinal Matthäus Lang von Wellenberg zeigte jedoch zunächst noch Verständnis für die „Kritik an der Kirche und schritt erst ein, als der Dichter und Gelehrte Paulus Speratus direkt in der Stadt Salzburg öffentlich Luthers Lehre verkündete. Er wurde des Landes verwiesen. Als weitere Gegenmaßnahme wurde der Pfarrer Georg Scherer im April 1528 durch Enthauptung hingerichtet, seine Leiche anschließend verbrannt. Andere Priester evangelischen Glaubens wurden eingesperrt oder des Landes verwiesen. Als Erzbischof Lang im Jahre 1540 starb, versuchten seine Nachfolger einen Weg der Versöhnung einzuschlagen und unterließen es deshalb die Protestanten weiter zu verfolgen“ ([www.pfaenders.com](http://www.pfaenders.com)), obwohl es den Landesfürsten auch gemäß



des Augsburger Religionsfriedens seit 1555 Zustand, ihren „Landeskindern“ die Religion vorzuschreiben.

„Gab es im 16. Jahrhundert verschiedene Ansätze, die auf die Gewährung echter Toleranz hinausgelaufen wären, so hat die ideologische Überhöhung des landesfürstlichen Absolutismus<sup>8</sup> gegen Ende dieses Jahrhunderts – bis weit in das 18. Zentenarium hinein – diese Ansätze zu keinem vollen Durchbruch kommen lassen, vielmehr in der Zeit nach 1730 sogar noch zu einer neuen Steigerung der – nunmehr eher staatsabsolutistisch gewerteten – Absolutheit einer Konfession geführt.“ (Reingrabner 1976: 151)

„Als 1668 der Jesuitenschüler Max Gandolf von Kuenburg Fürsterzbischof von Salzburg wurde, bedeutete dies den Beginn einer konsequenten Gegenreformation.“ (www.academic.ru) 1684 wurden zunächst die Protestanten des Defreggertales ausgewiesen. 621 Bewohner mussten ihre Heimat verlassen, ihre fast 300 Kinder durften nicht mit ausreisen – sie wurden „katholischen Familien zur Erziehung übergeben“. (Reingrabner 1976: 153) Als dann 1685 aus dem Gebiet um Dürrenberg bekannt wurde, dass dort katholische Priester verhöhnt worden waren und die Bevölkerung nicht an der Messe teilnahm, musste Max Gandolf wiederum reagieren. „Bisher hatte man auf die im nahen Salzbergbau beschäftigten Männer Rücksicht genommen, denn ihre ertragreiche Arbeit war lebenswichtig für die Finanzen des Staates. Man ließ die Anführer Joseph Schaitberger, Matthias Kammel und Simon Lindtner verhaften und nach Salzburg bringen. Trotz Folter schworen die Männer der neuen Lehre nicht ab und wurden im Jahre 1686 des Landes verwiesen. Ihre Frauen durften sie mitnehmen, ihre Kinder wurden katholischen Pflegeeltern in Obhut gegeben.“ (www.pfaenders.com)

Aufgrund der Verfolgung begannen die protestantischen Salzburger sich nach außen hin zum Katholizismus zu bekennen - im Familienkreis und bei illegalen Treffen übten sie ihren eigentlichen Glauben jedoch weiterhin aus. Auch dieser „Geheimprotestantismus“ blieb jedoch nicht unbemerkt.

<sup>8</sup> „Als Absolutismus wird der Zeitabschnitt ab 1500 bis 1789 bezeichnet. Der Beginn kann als eine 'Gegenrevolution von oben', von den Fürsten charakterisiert werden: Erworbene Rechte wurden kassiert, Freiheiten wurden aufgehoben, politisch selbständige und soziale Rechtseinheiten wie Zünfte, wurden zerschlagen und Freie Städte den Fürstenländern wieder eingegliedert; die Fürsten allein nahmen in Anspruch zu wissen, was zu tun sei - dies ordneten sie 'zu Recht' an.“ (www.skriptenforum.net)

Im Jahre 1727 begann in Salzburg die Regierungszeit Erzbischofs Leopold Anton Eleutherius Reichsfreiherr von Firmian. Er rief aus Bayern Jesuiten in das Land, um mit ihrer Hilfe das evangelische Glaubensbekenntnis auszurotten. Der Besitz lutherischer Bücher wurde unter Strafe gestellt – um dies durchzusetzen erfolgten Hausdurchsuchungen wie auch Durchsuchungen Reisender. Auf Marktplätzen oder auf freiem Feld veranstalteten die Jesuiten große Versammlungen, zu denen alle Einwohner kommen mussten. Das Fernbleiben von der Messe, wie auch die Verweigerung der Beichte oder das Fastenbrechen wurden streng bestraft. (vgl. [www.salzburg.com](http://www.salzburg.com))

Am 10. Juli 1731 überreichten zunächst 16 Bauern dem Vikar von St. Veit im Pongau ein Schriftstück, in dem sie sich offen zum evangelischen Glauben bekannten und mitteilten, dass sich die Evangelischen Beschwerde führend an das Corpus Evangelicorum in Regensburg, die Vertretung der evangelischen Fürsten, gewandt und ihre Hilfe anrufen hätten. (vgl. [www.familienforschung-luebeck.de](http://www.familienforschung-luebeck.de)) „Auf dessen Intervention wurde ... (von Seiten Firmians) erklärt, es ginge nicht um Religion, sondern um Rebellion“ (Reingrabner 1976: 153) Um einer Untersuchung durch die Reichsregierung – denn das Corpus Evangelicorum hatte sich mit einem „Vorstellungsschreiben“ über die Probleme der Salzburger Protestanten an den Kaiser gewandt – zuvorzukommen, kündigte Erzbischof Firmian die Bildung einer Kommission an, die die Beschwerden untersuchen solle. Diese begann im Juli 1731 ihre Arbeit. Überall bekam die Kommission Klagen zu hören und konnte bei dieser Gelegenheit 20.678 Salzburger als evangelisch identifizieren. „Firmian versprach, er werde allen Beschwerden abhelfen, wenn sie sich nur gedulden wollten. Zugleich kündigte er ihnen an, dass Truppen kommen würden; sie kämen aber nur, damit etwaige schlimmere Folgen zu ihrem eigenen Besten verhütet würden. Die Ankündigung von Truppen gab den Anlass zu der Versammlung am 5. August 1731 in Schwarzach, zu der etwa 150 Vertreter der Evangelischen zusammentrafen. Vor der Eröffnung der Verhandlungen tauchte einer nach dem andern die Finger der rechten Hand in das Salzfass, das auf dem Tisch stand, hob sie in die Höhe und schwor, dass er bei dem evangelischen Glauben beharren und sich durch nichts davon abbringen lassen wolle. Man beschloss, evangelische Prediger zu verlangen und Gewissensfreiheit zu fordern, inzwischen aber sich ruhig zu verhalten. Die Versammlung beschloss ferner, eine Abordnung nach Regensburg zu der Vertretung der evangelischen Reichsstände zu entsenden und zu fragen, wo man sie aufnehmen werde, wenn sie um ihres Glaubens willen genötigt sein würden, die Heimat

zu verlassen.<sup>9</sup>

Firmian stempelte die gemeinsame Verabredung des 'Salzbundes' von Schwarzach zum Verbrechen der Rebellion und wandte sich um militärische Hilfe nach Wien an den Kaiser und nach Bayern. 5.000 Mann Fußvolk rückten in das Gebiet Salzburg ein und erhielten nur bei den Evangelischen Quartier.“ ([www.familienforschung-luebeck.de](http://www.familienforschung-luebeck.de)) Die Bauern wurden gleichzeitig unter dem Vorwand einer allgemeinen Musterung versammelt, entwaffnet und die Grenzen gesperrt. „Als die Unterdrückungen immer schlimmer wurden, wandten sich die Evangelischen noch einmal in einer Bittschrift an den Kaiser, um bei ihm ihr Recht zu suchen. Sie baten um eine Untersuchung ihrer Beschwerden durch eine aus beiden Glaubensbekenntnissen bestehende Kommission. Ehe eine Antwort des Kaisers eintraf, unterzeichnete Firmian am 31. Oktober 1731 seinen Emigrationserlass (auch: Emigrationspatent), der am 10. November bekanntgegeben wurde.“ (ebd.) Darin verfügte er, alle Nichtkatholiken hätten Salzburg zu verlassen, und zwar die „Angesessenen“<sup>10</sup>, das heißt Grundbesitzenden, je nach der Größe ihres Besitzes in längstens drei Monaten, die „Unangesessenen“ - Tagelöhner, Bergleute, Arbeiter und Handwerker - jedoch innerhalb von acht Tagen. (vgl. ebd.) Mit dieser Fristsetzung hatte Firmian sich selbst überfordert, doch schon nach 14 Tagen mussten die ersten „Unangesessenen“ unter militärischer Bewachung das Salzburger Land verlassen und ihre Kinder unter 12 Jahren zurücklassen.

Am 12. November 1731 bat Erzbischof Firmian Bayern und Tirol formell um eine Durchzugserlaubnis für die Emigranten aus Salzburg. Fragen des Durchzugs, des Verbleibs sowie der Finanzierung von Unterbringung, Kost und Bewachung waren dabei nicht geklärt. Am 17. November d. J. sperrten Bayern und Tirol die Grenzen zum Erzbistum Salzburg. Die von Firmians Hofkanzler Hieronymus Cristani von Rall als "Aufwiegler, Rebellen und Ketzer" beschriebenen Salzburger Exulanten wolle man nicht im Land haben. (vgl. [www.salzburg.com](http://www.salzburg.com), [www.familienforschung-luebeck.de](http://www.familienforschung-luebeck.de))

<sup>9</sup> „Denn wenn die Menschen offenbar zu schwach sind, als dass sie sich selbst durch Vereinigung ihrer Kräfte schützen könnten, so ist es bei entstehender Gefahr einem jeden erlaubt, zur Rettung seines Lebens entweder zu fliehen oder sich zu ergeben.“ (Hobbes 2009: 205)

<sup>10</sup> diese wurden übrigens erst „1740 und auf mehrmaliges Betreiben des preußischen Königs für den Verlust der Höfe teilweise entschädigt“ (Reingrabner 1976: 155)

Der erste Zug von 800 aus der Heimat ausgewiesenen Evangelischen kam dennoch am 27. Dezember 1731 in Kaufbeuren an. Da sich inzwischen die Ausgewiesenen an den Grenzen stauten und aufgrund zunehmender internationaler Proteste gegen die Ausweisung ausgerechnet im Winter wurde sie noch im Dezember zeitweilig eingestellt – für die „Angesessenen“ bis zum 24. April des Folgejahres. Der letzte Zug verließ am 6. August 1732 das Salzburger Gebiet. (vgl. [www.pfaenders.com](http://www.pfaenders.com), [www.salzburg.com](http://www.salzburg.com))

Geht man davon aus, dass ca. ein Siebtel der Gesamtbevölkerung dem evangelischen Glauben anhing, so fürchtete Firmian mit Recht um die Existenz „seines“ geistlichen Fürstenstaates. „Bei einem weiteren Ausgreifen des Protestantismus schien die Säkularisierung (Verweltlichung) in greifbare Nähe gerückt.“ (Zaisberger 1981: 84) Daher bestand sein Anliegen in der „Erzeugung eines konfessionell einheitlichen Untertanenstandes mit dem Ziel eines stabilen, geordneten und gottgefälligen Staatswesens.“ ([www.ieg-ego.eu](http://www.ieg-ego.eu))

„Sich staatlich befohlenem Glauben zu widersetzen bedeutete nach Hobbes' Überzeugung, den konfessionellen Bürgerkrieg verewigen – entgegen dem Friedensgebot Gottes.“ (Euchner 1985: 363)

Wenn die Staatstheorie von Hobbes mit den Stichworten vollständiger Souveränitätsverzicht der Bürger, Aufgabe der individuellen Freiheit und des individuellen Rechts zugunsten der Unterordnung unter den Willen des Souveräns, Aufgabe des Rechts auf Widerstand - auch wenn es so scheint als handle der Souverän gegen den ursprünglichen Willen der Individuen - hier zur Anwendung kommt, so haben die Salzburger Protestanten natürlich mit der Forderung nach Glaubens- und Gewissensfreiheit, ihrem „Geheimprotestantismus“ und vor allem dem Hilferuf an das Corpus Evangelicorum – damit also an andere Souveräne<sup>11</sup> ganz klar gegen den Gesellschafts- und Unterwerfungsvertrag verstoßen.

Gegen den Staatsvertrag zu handeln und Bürgerkrieg zu verewigen, heißt natürlich zum Feind des Staates zu werden und mit entsprechender Bestrafung rechnen zu

<sup>11</sup> „Alle Abteilungen, welche zu irgendeinem gemeinschaftlichen Zweck, aber ohne alle öffentliche Erlaubnis errichtet werden, sind zwar regelmäßig, jedoch unerlaubt. ... Ferner gehören hierher die Abteilungen und Bruderschaften, welche von einer auswärtigen Macht errichtet sind, um entweder gewisse Lehren auszubreiten oder Spaltungen zum Nachteil der höchsten Gewalt hervorzubringen.“ (Hobbes 2009: 233)

müssen. Nach Hobbes aber „kann auch das nicht Strafe heißen, was einem offenbaren Feind widerfährt, weil Feinde keine Bürger sind. Sollten sie auch vorher Bürger gewesen sein, so leiden sie doch, sobald sie sich für Feinde erklären, als solche. Hieraus folgt: hat ein Bürger mit Wissen und Willen auf irgendeine Art dem Stellvertreter des Staates seinen Gehorsam verweigert, so kann er, was auch nur für eine Strafe auf ein Majestätsverbrechen im Gesetz verordnet ist, dennoch, weil er sich nun als Feind des Staates erklärt hat, als ein solcher mit Recht willkürlich bestraft werden.“ (Hobbes 2009: 290)

Im Hobbesschen Sinn war Erzbischof Firmian mit seiner Entscheidung über die Ausweisung der Salzburger Protestanten – da er ja auch das Recht zu willkürlicher Bestrafung gehabt hätte – sogar sehr zurückhaltend, denn „Landesverweisung ist, wenn ein Bürger um eines Verbrechens willen verurteilt wird, entweder auf eine gewisse Zeit oder auf immer das Gebiet des Staates zu meiden; und scheint, wenn nicht andere Umstände dazu kommen, an und für sich keine Strafe, sondern vielmehr ein Sicherheitsmittel oder öffentlicher Befehl zu sein, der Strafe zu entgehen.“ (ebd. 292)

Mit der Ausweisung wurden die Salzburger Protestanten offiziell aus dem Vertrag entlassen: „Schickt der Landesherr einen Untertanen ins Elend, so ist dieser während seiner Landesverweisung kein Untertan von ihm.“ (ebd. 221)

### **3.2 „Vertragsschluss“ der Salzburger mit Friedrich Wilhelm I. und ihre Aufnahme in Preußen**

Aufgrund des Emigrationserlasses des Erzbischofs Firmian mussten insgesamt ca. 30.000 (Meyers Konversations-Lexikon 1860: 893) Protestanten aus dem Salzburger Gebiet auswandern.

Einige der zuerst Ausgewiesenen konnten sich in den Gebieten um Augsburg und Ulm ansiedeln, ein Teil zog weiter nach den Niederlanden, einige Hundert reisten per Schiff bis nach Georgia, wo sie die Siedlung Ebenezer (unweit der Stadt Savannah) gründeten.

Etwa 20.000 (ebd.) von ihnen folgten der Einladung des Preußenkönigs Friedrich Wilhelm I.<sup>12</sup>, sich in seinem Land niederzulassen. Das Einwanderungspatent (Immigrationspatent), das die Salzburger einlud, ihnen sofort die preußische Staatsbürgerschaft verlieh und die Vertriebenen unter den Schutz des preußischen Staates stellte, war von

ihm am 2. Februar 1732 erlassen worden. Es enthielt im Anhang auch die Vergünstigungen, die ihnen gewährt werden sollten (ebenso wie allen Kolonisten, mit denen er bereits seit 1721 versuchte das Gebiet Ostpreußen wieder zu besiedeln<sup>13</sup>): dass "ihnen bei ihrer Etablierung in Preußen alle Freiheiten, Privilegien, Rechte und Gerechtigkeiten ... zu gute kommen sollen". ([www.historisches-franken.de](http://www.historisches-franken.de)) Damit blieb Friedrich Wilhelm I. seinem Wahlspruch treu: „Mir neue Söhne – Euch ein mildes Vaterland.“ (Moritz 2012: 2) Gleichzeitig verhandelte er mit Bayern über die Durchzugserlaubnis und sandte einen hohen Beamten nach Regensburg, um die Emigranten dort in Empfang zu nehmen. Sie erhielten Wegzehrung, wurden begleitet und später – beim Durchzug durch das katholische Polen von Soldaten geschützt. Es wurden genaue Marschrouten erstellt, um die insgesamt ca. 1.500 km lange Strecke in Tagesmärschen

<sup>12</sup> Seit 1713 wurde Preußen von König Friedrich Wilhelm I. regiert. Der „Soldatenkönig“ war im Gegensatz zu seinem Vater (der sich 1701 selbst zum „König in Preußen“ krönte) ein sparsamer, bürgerlich einfacher König. Er wurde zum eigentlichen Begründer des preußischen Beamten- und Militärstaats. Dem Adel wurden seine politischen Rechte mehr und mehr genommen. Dafür erhielt er jedoch eine größere wirtschaftliche Unabhängigkeit und eine neue Funktion im Offizierskorps der Armee. Als nach der Infanterie auch die Kavallerie in die Städte verlegt wurde, dienten diese nun in erster Linie als Garnisonen. Das bedeutete für die städtische Selbstverwaltung eine allmähliche Beseitigung ihrer alten Bürgerrechte, da sich die Bedürfnisse des absolutistischen Staates kraft des Herrschaftsamtes des Heeres zunehmend durchsetzten. Das Heer vermehrte Friedrich Wilhelm I. auf 80.000 Mann bei etwa 2,5 Millionen Einwohnern. Nur Adlige konnten Offizier werden. Er schaffte zudem einen Beamtenstand, der sich trotz schlechter Besoldung durch Sachkenntnis, Unbestechlichkeit und Pflichttreue auszeichnete. Seine absolutistische Auffassung drückte Friedrich Wilhelm I. so aus: „Die Seele ist von Gott, alles andere muss mein sein.“  
Übrigens beteiligte sich dieser „Soldatenkönig“ nur an einem einzigen Krieg, noch zu Beginn seiner Regierungszeit (1720).  
Auch sein Sohn und Nachfolger, Friedrich II., ließ als Kronprinz zunächst wenig kriegsgerische Neigungen erkennen: „Der Krieg ist ein solcher Abgrund des Jammers, sein Ausgang so wenig sicher und seine Folgen für ein Land so verheerend, dass es sich die Landesherren gar nicht genug überlegen können, ehe sie ihn auf sich nehmen. Ich bin überzeugt, sähen die Könige einmal ein schonungsloses Bild von all dem Elend des Volkes, es griffe ihnen ans Herz.“ (vgl. [www.preussen-chronik.de](http://www.preussen-chronik.de), [www.academic.ru](http://www.academic.ru))

<sup>13</sup> Seit ca. 1650 verelendete Ostpreußen immer mehr: „1656 hatten Tataren 34.000 Menschen in die Sklaverei entführt, zu gleicher Zeit starben weitere 80.000 an Seuchen. In den Jahren von 1709 bis 1711 wurden 235.806 Menschen, das war damals mehr als ein Drittel der Bevölkerung, Opfer der Pest. Mit seinem ersten Einladungspatent 1721 zog Friedrich Wilhelm I. zahlreiche Zuwanderer aus der Pfalz, dem Rhein- und Maingebiet, Holländer, Schweizer, Böhmen und Franzosen ins Land, die in Ostpreußen, aber auch anderen Gebieten Brandenburg-Preußens angesiedelt wurden.“ ([www.familienforschung-luebeck.de](http://www.familienforschung-luebeck.de))

von 20-30 km zu erreichen. „Dabei bemühten sich die Organisatoren, möglichst vielfältige Routen zu finden, um die Nächstenliebe der Einwohner nicht zu strapazieren.“ (Stein 2007: 5)

Natürlich blieben Probleme nicht völlig aus. Während sich andere Landesfürsten um den Durchzug und die Beherbergung von Zügen der Salzburger bemühten, war für einen Zug eine Station mit Ruhetag in der sächsischen Residenzstadt Dresden vorgesehen. Dies wurde jedoch durch die kurfürstliche Regierung verhindert, die vorgab, Angriffe gegen die in der Stadt ansässigen Katholiken zu befürchten. Die Kollektegelder (insgesamt 28.367 Taler, davon 6.835 Taler der Dresdner) der Sachsen, die diese für die Emigranten gesammelt hatten, wurden stattdessen später zum Kuppelbau der Dresdner Frauenkirche verwendet. (vgl. Metasch 2011: 122)

Die ersten Auswanderer trafen am 29. April 1732 in Potsdam ein und wurden im Schlossgarten vom König und seiner Gemahlin begrüßt. Auch die späteren Züge wurden von ihm persönlich empfangen, nur ca. 3.000 Salzburger sollen nicht durch Potsdam geführt worden sein. „Überliefert sind seine Worte: 'Ihr sollets gut haben, Kinder, bey mir gut haben'“ (Hermanowski 2004: 259 f.)



Weg der Salzburger nach Ostpreußen (bzw. nach den Niederlanden und in die USA) unter Darstellung der heutigen Landesgrenzen in diesem Gebiet ([www.pfaenders.com](http://www.pfaenders.com))

„In der Zeit vom 10. April 1732 bis zum 7. Mai 1733 hatten 33 Gruppen Salzburger mit 20.794 Menschen die preußische Grenze passiert. In Berlin wurden die Emigranten, die bereit waren sich in Ostpreußen niederzulassen, zu Land- bzw. Seetransporten zusammengestellt. Die meisten gelangten auf dem Seeweg über Stettin zunächst nach Königsberg.“ (www.familienforschung-luebeck.de)

„Zu Wasser kamen auf 66 Schiffen in 19 Transporten 10780 Auswanderer nach Königsberg, während den Landweg nur 5.533 einschlugen. Von diesen 16.313 starben unterwegs 805, so dass nur 15.508 nach Preußen<sup>14</sup> gelangten. Die ersten Transporte erschienen im Mai 1732 in Königsberg. Ende Oktober ... waren 13.944 Salzburger dort eingetroffen. Der Aufenthalt dauerte nur kurze Zeit, und schon am 10. Juni brachen die ersten Transporte nach Litauen, dem eigentlichen Ziel der Wanderung auf.

Der Empfang der um ihres Glaubens willen Vertriebenen war in Königsberg ebenso würdig und feierlich als herzlich. Die Werke christlicher Nächstenliebe wurden in reichstem Maße geübt. Dazu bot nicht nur die Mittellosigkeit vieler Auswanderer gute Gelegenheit, sondern vor allem auch die zahlreichen Erkrankungen unter ihnen, namentlich unter den Kindern. Die Pest- und Krankenhäuser waren bald mit Salzburgern angefüllt, und trotz der hingebenden Pflege erlagen bis Februar 1733 nicht weniger als 804 Einwanderer den Anstrengungen der Reise und den Einwirkungen des ungewohnten Klimas. Im Juli 1733 betrug die Zahl der in Königsberg gestorbenen Salzburger 858, worunter 554 Kinder waren.<sup>15</sup>

Wenn auch Litauen als die neue Heimat der Vertriebenen bestimmt war, so blieb doch eine nicht geringe Anzahl in Königsberg zurück. Ihre Zahl wird in Summa auf 715 Personen angegeben ... Unter den in Königsberg zurückgebliebenen Salzburgern gehörten begreiflicherweise die meisten dem Handwerkerstande an; so ließen sich allein 59 Wollspinner- oder Wollweberfamilien, ferner 28 Brettschneider, 8 Schuhmacher, 5 Hornstecher, 3 Tischler, 1 Zimmermann, 2 Flachsbinder, 2 Böttcher, 1 Kupferschmied, 1 Fleischer, 1 Zeichner und 1 Schalknecht in Königsberg nieder. An Streitigkeiten mit den alteingesessenen Handwerkern fehlte es nicht. Die Salzburger weigerten sich z. B.

<sup>14</sup> in den Zitaten werden die Bezeichnungen Preußen, Ostpreußen, Preußisch-Litauen und Litauen gleichlautend verwandt: gemeint ist immer das spätere nordöstliche Gebiet Ostpreußens, speziell um Gumbinnen, heute Gussew – das Gebiet entspricht dem Territorium des früheren Herzogtums Preußen, aus dem 1701 das eigentliche Königreich Preußen hervorging

<sup>15</sup> „Zudem verstarb wohl allein in den ersten beiden Ansiedlungsjahren ein weiteres Viertel der Exulanten.“ (Metasch 2011: 121)



in das Brettschneidergewerk einzutreten, weil sie nicht nach des Gewerkes Gewohnheit etliche Zeit auf der Herberge liegen wollten, zumal fast alle Leute polnisch redeten und römisch-katholisch wären. Nach langem Hader gründeten 24 Salzburger ein eigenes Gewerk (1745).“ (Armstedt 1899: 256 f.)

Klima und Sprache – auch das ungewohnt ebene Land und das Essen - waren nicht die einzigen Probleme, die die Salzburger zu bewältigen hatten. Die meisten glaubten zu Beginn noch „an einen Widerruf des Ausweisungsbefehls“ (familienforschung-luebeck.de) und damit ihre Rückkehr. Gerade, da im ersten Winter noch viele in Notunterkünften einquartiert und zu Untätigkeit verurteilt waren, litten sie unter Heimweh und depressive Zustände waren wohl sehr verbreitet. Nur wenige konvertierten allerdings zum Katholizismus und kehrten nach Salzburg zurück.

„Von den 15.508 Asylanten, die in der Provinz Preußen angesiedelt werden, erhielten fast 12.000 eine Existenzgrundlage auf Kosten des Staates. Ackerland, Bauland, Bauholz, Vieh, Ackergeräte, Saatgut werden gestellt, dazu kommen drei Jahre Abgabefreiheit, großzügige Kredite, Zuschüsse zu den Baukosten und langfristige Befreiung vom Militärdienst.“ (www.familienforschung-luebeck.de) Dies ist umso bemerkenswerter, als Friedrich Wilhelm I. ursprünglich ca. 6.000 Salzburger erwartet hatte. Die gewährten Vorteile führten teilweise zu Spannungen mit den einheimischen Bauern, die höhere Steuern, Fron- und natürlich Militärdienst zu leisten hatten.

Dem Wunsch, sich in einem einzigen geschlossenen Gebiet anzusiedeln, um nicht den Zusammenhalt zu verlieren, kam man dabei nicht in vollem Umfang nach. Hauptansiedlungsterritorium wurde jedoch für mehr als 12.000 Salzburger das Gebiet Gumbinnen im damaligen Preußisch-Litauen. „Bereits im Februar 1733 wurde damit begonnen, den Salzburgern den Eid auf den König abzunehmen.“ (Grenz 1971: 38)

Gleichzeitig verpflichteten sich die Kolonisten – dies auch per Sozietätsvertrag vom 17. September 1736 – gemeinsam für die Entrichtung der Abgaben zu haften.

„Ein gigantisches Aufbauwerk begann. Sechs Städte, 332 neue Dörfer entstanden, 180.000 Morgen Land wurden kultiviert.“ (vgl. www.familienforschung-luebeck.de)

Mit der Ansiedlung der Salzburger Emigranten in Ostpreußen folgte der preußische König natürlich nicht ausschließlich humanen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten.

Klar war ihm durchaus, dass es notwendig war, hier in Vorleistung zu gehen. So stellte er selbst sein wichtigstes Vorhaben, den Aufbau des Heeres, zeitweilig zurück. Aufgrund seiner Förderung von Handel und Gewerbe hinterließ er seinem Sohn (1740) ein wirtschaftlich und finanziell gefestigtes Land mit vollen Staatskassen. Gleichzeitig gelang es ihm, sich mit seinem jungen Königreich als Führer der Protestanten in Deutschland und Europa zu profilieren. Dass die Glaubensflüchtlinge durchaus instrumentalisiert wurden, um die moralische Überlegenheit der Reformation zu betonen, ist nicht in Abrede zu stellen. Hier spielten also konfessionelle und politische Interessen durchaus ebenfalls eine wesentliche Rolle.

Der „Vertragsschluss“ wird in diesem Fall natürlich besonders deutlich, da die Salzburger offiziell eingeladen wurden – und sich auch anders entscheiden konnten (ca. zwei Drittel der Ausgewiesenen nahmen die Einladung an, ein Drittel entschied sich für die Auswanderung in die Niederlande bzw. nach Amerika). Zudem waren mit Ort und Ziel der Ansiedlung klare Regelungen seitens Friedrich Wilhelm I. vorgegeben: auch hier war also ein Verzicht auf persönliche Freiheit gefordert. Nicht zu vergessen, dass ein Eid auf den preußischen König abzulegen war. Gleichzeitig wurde hier jedoch auch eine konkrete Gegenleistung des Souveräns formuliert – und das waren nicht nur die materielle Unterstützung und Befreiung vom Militärdienst, sondern auch die für die Salzburger sicherlich entscheidende Erlaubnis zur freien Ausübung ihre gewählten Glaubens.

Und „..., dass sie einen solchen Vertrag schlossen, setzt voraus, dass sie durch keine älteren Verträge zu etwas verpflichtet waren, was dem gegenwärtigen Vertrag entgegen wäre. Bürger, welche bereits zu einem Staat gehören, dürfen also keinen neuen Vertrag eingehen.“ (Hobbes 2009: 177)

#### **4      Eine „demokratische ... Gesellschaft, zu der jeder freien Zutritt hat“? (Hobbes 2009: 188)**

In §1, Absatz 1, des Gesetzes über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (Aufenthaltsgesetz) wird als Zweck des Gesetzes folgendes genannt: „Das Gesetz dient der Steuerung und Begrenzung des Zuzugs von Ausländern in die Bundesrepublik Deutschland. Es ermöglicht und gestaltet Zuwanderung unter Berücksichtigung der Aufnahme- und Integrationsfähigkeit sowie der wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland. Das Gesetz dient zugleich der Erfüllung der humanitären Verpflichtungen der

Bundesrepublik Deutschland. Es regelt hierzu die Einreise, den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern.“ (Stascheit 2008/ 09: 1420) Aufgrund der im Gesetz genannten Einschränkungen bestünde also der Hobbesschen Auffassung nach grundsätzlich die Frage, inwieweit die Bundesrepublik Deutschland eine demokratische Gesellschaft ist.

Dies mag im ersten Moment übertrieben erscheinen, jedoch warnt der Sachverständigenrat der deutschen Stiftungen für Integration und Migration: „In unseren Einstellungen gegenüber Zuwanderern geht es letztlich um die humane Qualität unserer Republik ...“ und betont in Zusammenhang mit der in dieser Arbeit im Vordergrund der Betrachtung stehenden Asyl- und Flüchtlingspolitik: „... fehlende Akzeptanz von Zuwanderung und die schändliche Einschränkung der Humanität gegenüber ‘Ausländern’ äußert sich seit vielen Jahren in der Politik gegenüber Flüchtlingen und Asylbewerbern. ... Für die Humanisierung der gesamten Migrationspolitik aber hat die Humanisierung der Flüchtlingspolitik eine Schlüsselfunktion.“ (www.svr-migration.de)

Mit Blick auf die deutsche Geschichte erklärt der Sachverständigenrat zudem: „Erfolgreiche Vergangenheitsbewältigung muss heißen, dass der unheimliche Wahn bekämpft wird, es gäbe wesentliche Unterschiede zwischen dem Wert der Menschen unserer Nation und dem Wert der Menschen anderer Völker.“ (ebd.)

Thomas Hobbes stellt zudem unter dem Aspekt des Wertes einen weiteren wesentlichen Zusammenhang her, den zu Würde und Ehre: „Würde bedeutet zuweilen den Wert oder die Nutzbarkeit eines Menschen, je nachdem man die Anwendung seiner Macht etwa schätzt, und nach Maßgabe dessen wird sie auch groß oder gering sein. ... Es mag jemand einen eigenen Wert so hoch annehmen, als er will, wirklich bestimmt wird er nur durch das Urteil anderer. Wenn man öffentlich zu erkennen gibt, wie man von jemandes Wert urteilt, so geschieht das, was man nennt: Ehren und Entehren. Wird der Wert hoch angesetzt, so heißt es Ehren, fällt er gering aus, so wird es Entehren.“ (Hobbes 2009: 98) Die aktuelle Asyl- und Flüchtlingspolitik ist leider wesentlich durch Entehren der Betroffenen gekennzeichnet.

#### **4.1 „Mentalitätswandel“?**

Im Jahr 2007 forderte die Friedrich-Ebert-Stiftung – ebenfalls einen Zusammenhang von Migration und Demokratie herstellend: „Politik und Gesellschaft müssen zu einem Klima der Akzeptanz und Toleranz beitragen, das Einwanderer willkommen heißt. Nö-

tig ist ein republikanisches Staatsverständnis, dass allen Einwohnern nach einer angemessenen Frist die volle politische Teilhabe ermöglicht, Diskriminierungen verurteilt und Rassismus ächtet. Einwanderungs- und Integrationspolitik müssen als Einheit betrachtet werden. Die Verwirklichung von sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit für alle, unabhängig von sozialer und ethischer Herkunft, ist die Verheißung moderner Demokratien.“ (Schultze 2007: 4)

Am 12. Dezember 2012 vermeldeten die Medien „klare politische Botschaften“ des Bundespräsidenten nach seinem zweistündigen Besuch im Asylbewerberheim Bad Belzig: der Umgang mit Flüchtlingen in Deutschland müsse sich ändern, menschenwürdiger werden, gegenüber Asylbewerbern sei ein „Mentalitätswandel“ notwendig, sie nähmen niemandem etwas weg, könnten und wollten arbeiten. (vgl. sz-online.de, 12.12.2012)

Es soll der erste Besuch eines Bundespräsidenten in einem Asylbewerberheim seit mehr als 20 Jahren gewesen sein – etwa seit der entscheidenden Verschärfung des Asylrechts im Jahre 1993 also.

Über die Gespräche des Bundespräsidenten mit Asylbewerbern wurde kaum etwas bekannt, jedoch hat er vielleicht ähnliche Berichte gehört:

- Daniel: „Ich bin abgelehnter Asylbewerber und besitze eine Duldung, deren Verlängerung ich alle drei Monate beantragen muss. ... Wir dürfen nichts machen. Es steht wortwörtlich in unserem Ausweis: wir dürfen nicht arbeiten und nicht studieren. ... Der ungeklärte Aufenthaltsstatus ist ein schwerwiegendes Problem für mich und viele andere. Wir nehmen nicht Teil am Leben. ... So wie andere in meinem Alter normalerweise eine berufliche Karriere machen, ist unser Leben ohne Aufenthalt langsam auch zur Karriere geworden. Es ist eine Karriere im Kampf ums Überleben. ... Diese dauernde Problematik macht uns depressiv, perspektivlos, ängstlich und krank.“ (www.gesundheitberlin.de)
- Tidjane: „Ziemlich schnell verliert man das Vertrauen in die Menschen hier. Nach den ersten Erfahrungen in der BRD konnte ich mir nicht vorstellen, mit irgendwelchen Deutschen an einem Tisch zu sitzen und mich mit ihnen zu unterhalten. Man denkt, die sind ‘schlimme Menschen’, da man nur Kontakt hat mit Deutschen, die kontrollieren, verbieten, zuteilen und bewachen. ... Dann kam die Zeit, in der ich ‘illegal’ war. Es ist wie ein Leben ohne Kopf, man kann nichts planen und mit nichts rechnen. Man kann sich mit niemandem treffen, keine Ausbildung machen – man weiß nicht mehr, wer man ist.“ (ebd.)

- Firoz: „Mein Geburtsort ist Laghman, doch aufgewachsen bin ich in Dschalabad. Durch die schlimmen Zustände in meinem Land konnte ich nie zur Schule gehen. Ich kann weder lesen noch schreiben. Mutter und Vater wurden von den Taliban ermordet. Ob meine älteren Geschwister, ein Bruder und vier Schwestern, noch leben, das weiß ich nicht. Ich kann keinen Kontakt zu ihnen herstellen. Nach dem Tod der Eltern half ein Onkel, bei dem ich in der Landwirtschaft arbeitete. Seit 1 1/2 Jahren bin ich auf der Flucht über Pakistan, Iran, Türkei, Griechenland, Italien, Frankreich bis nach Deutschland. Das Asylheim in Aub ist nun mein Zuhause. Dort vegetieren wir, bekommen Esspakete und dürfen uns nicht entfernen, nicht arbeiten, nicht lernen. Ich möchte keine Sozialhilfe, sondern arbeiten, um zu leben wie andere Menschen. Doch noch wichtiger ist es für mich, das ist mein größter Wunsch und ich hoffe, es bleibt kein Traum: Ich möchte zur Schule gehen. Ich habe Fragen im Kopf: Warum behandeln sie uns so? Wir wollten unsere Heimat nicht verlassen. Wie lange müssen wir warten, um als Menschen wahrgenommen zu werden, bis wir verrückt werden oder Selbstmord begehen?“ (www.jungewelt.de, 12.01.2013)

In krassen Widerspruch zu den Äußerungen des Bundespräsidenten, die in der Folgezeit nicht kommentiert bzw. diskutiert wurden, stehen Informationen darüber, dass bis Ende Januar 2013 (ursprünglich geplant war der 19. Dezember 2012) ein gemeinsames Asylsystem für Europa fertig verhandelt werden soll. Dies würde bedeuten, dass Flüchtlinge vor dem Hintergrund des Dublin-Systems sofort nach ihrer Ankunft in ganz Europa planmäßig in Aufnahmehaft kommen würden, die dann wiederum nahtlos in Abschiebehaft übergehen würde. Zur Dauer der Haft lautet die Formulierung zurzeit: „solange es notwendig sei“, um Identität, Staatsangehörigkeit und die Angaben im Asylantrag zu überprüfen bzw. auch, wenn die nationale Sicherheit oder die öffentliche Ordnung dies erforderten. Dies widerspricht der Genfer Flüchtlingskonvention, Art. 31, nach der ein Flüchtling irregulär einreisen darf ohne dass das einen Bestrafungsgrund darstellt. Und sollte sich der EU-Rat gegenüber dem Parlament durchsetzen, würde zur Inhaftierung von Flüchtlingen auch kein Richter benötigt – der lt. Flüchtlingskonvention, Art. 16 und Grundgesetz zu gewährleistende freie Zugang zu Gerichten des Aufnahmelandes wäre also ebenfalls abgeschnitten, (vgl. www.sueddeutsche.de, 18.06.2012 und 11.01.2013)

Über die Abschottungspolitik gegenüber Flüchtlingen kann auch die am 09. Dezember 2011 durch die Innenminister von Bund und Ländern beschlossene halbherzige Beteiligung am Resettlement-Programm des UNO-Flüchtlingshilfswerkes zur Aufnahme und

Neuansiedlung besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge aus Drittstaaten nicht hinwegtäuschen: Danach wird die Bundesrepublik Deutschland, in den Jahren 2012 bis 2014 jährlich 300 Menschen<sup>16</sup> im Rahmen des Resettlements aufnehmen“ ([www.save-me-kampagne.de](http://www.save-me-kampagne.de))

Bereits Thomas Hobbes konstatierte, (in anderem Zusammenhang) dass es zu Spannungen zwischen Migranten und den Bürgern des Aufnahmelandes kommen könnte. Sein Lösungsvorschlag beruht auf historischer Erfahrung: „Steht es aber dem Monarchen frei, durch seinen letzten Willen oder durch einen Vertrag zu seinem Nachfolger zu ernennen, wen er will, so scheint dies dem Staat sehr nachteilig werden zu können.

Er könnte z. B. einen Ausländer dazu erwählen, wodurch die Rechte der Bürger gar leicht beeinträchtigt werden würden: weil Ausländer teils nicht an die eingeführte Regierungsgewalt gewöhnt sind, teils nicht die Landessprache verstehen, und daraus gar bald eine wechselseitige Verachtung oder Hass entstehen kann. Dieser Nachteil kommt indes nicht daher, dass der Oberherr ein Ausländer ist, sondern weil er entweder, die Kunst zu regieren nicht versteht, oder weil die Bürger unverträglich sind, und sich keiner von ihnen der Billigkeit gemäß in die Denkart des anderen fügen will. Diesem Übel kamen ehemals die Römer dadurch zuvor, dass sie vielen Ausländern aus den besiegten Staaten und bisweilen diesen Staaten selbst das römische Bürgerrecht erteilten.“ (Hobbes 2009: 198) – Die Parallele zu Friedrich Wilhelm I. ist offensichtlich, und er könnte auch zu folgendem Punkt als Vorbild angeführt werden:

Ein weiterer Aspekt des vom Bundespräsidenten eingeforderten Mentalitätswandels besteht darin, dass selbiger nicht von der Bevölkerung sondern vom Staat ausgehen muss, um dann der Bevölkerung zur Orientierung zu dienen. So betonte Cem Özdemir, Bundesvorsitzender von Bündnis 90/ Die Grünen, auf dem Symposium des Sachverständigenrates der deutschen Stiftungen für Integration und Migration im August 2012, dass Einwanderungspolitik ein Thema sei, „das leider so sehr zu Ideologie, Unsachlichkeit und dem Ausblenden von Fakten verleitet. ... Willkommenskultur muss erst einmal in unseren staatlichen und öffentlichen Institutionen realisiert werden: in der öffentlichen Verwaltung, im Ausländeramt, in der Schule, im Krankenhaus und an vie-

<sup>16</sup> weltweit stehen etwa 70.000 Plätze zur Verfügung, allein im Jahr 2008 forderte UNHCR jedoch 155.000 Plätze von den Staaten an; würden sich alle EU-Staaten am Programm „beteiligen und Flüchtlinge etwa in der Größenordnung aufnehmen wie Schweden das tut (jährliche Quote 1.900), dann würde die EU jährlich 100.000 Resettlementplätze zur Verfügung stellen“ ([www.save-me-kampagne.de](http://www.save-me-kampagne.de))

len anderen Stätten. Deshalb zielt Integration nicht nur auf das Individuum, sondern auch auf die öffentlichen Institutionen und öffentlichen Orte, die unser Gemeinwesen prägen.“ ([www.svr-migration.de](http://www.svr-migration.de))

## **4.2 Verschenktes Potential**

Dass die Bundesrepublik Deutschland trotz der allgemein propagierten Notwendigkeit der Zuwanderung hochqualifizierter Fachkräfte selbst in diesem Bereich kein wirkliches Konzept hat, sei hier nur am Rande erwähnt. Geradezu tragisch ist jedoch, dass durch die Arbeits-, Studien- und Ausbittungsverbote für viele Flüchtlinge und Asylbewerber die Chance vertan wird, qualifizierte und hochmotivierte Fachkräfte selbst heranzubilden. Hierzu zwei Beispiele:

- Newroz Dunan, Sprecherin der Bildungskampagne von „Jugend ohne Grenzen“ e. V. berichtete im Juli 2012: „In der Bundesrepublik Deutschland lebten 2011 rund 170.000 Menschen mit Aufenthaltsgestattung, Duldung oder sogenannter Grenzüberttrittsbescheinigung, unter ihnen 47.000 Kinder und Jugendliche. Für letztere gibt es Ausbildungs- und Studienverbote, ... und das obwohl 40.000 Ausbildungsstellen allein im Jahr 2011 unbesetzt geblieben sind. ... Wer gezwungen ist, in Flüchtlingslagern unterhalb des Existenzminimums zu wohnen, lebt in Enge und Isolation. Er kann weder lernen noch Kontakte knüpfen. Bildung ist ein Menschenrecht, es ist unwürdig, darum betteln zu müssen, es muss gewährt werden.“ ([www.jungewelt.de](http://www.jungewelt.de), 09.07.2012)
- Während für Kinder von Asylbewerbern – auch ohne sicheren Aufenthaltsstatus - offiziell Schulpflicht besteht, berichtete der Berliner Flüchtlingsrat bereits im März 2011 darüber, dass bis zu 300 Kindern aus Berliner Erstaufnahmeeinrichtungen der Schulbesuch verweigert wird. „Der Schulbesuch ist für die Eingewöhnung der Kinder in ihr neues Umfeld und für ihre psychische Stabilisierung nach den Erfahrungen der Flucht außerordentlich wichtig. Nicht die Schule besuchen zu dürfen, das bedeutet, nicht in Deutschland und in Berlin ankommen zu können. Es bedeutet Ausgrenzung.“ ([www.neues-deutschland.de](http://www.neues-deutschland.de), 10.03.2011)

„Die formalen und rechtlichen Hürden für eine Anerkennung als Flüchtling sind sehr hoch und die sozialen Aufnahmebedingungen sind von Abschreckung und Entwürdigung gekennzeichnet. ... Es liegt im Interesse der Flüchtlinge und der Gesellschaft, die Aufgenommenen nicht über Jahre an den Tropf zweitklassiger Sozialleistungen zu

hängen, sondern ihnen von Beginn an die Chance auf ein selbstständiges, von staatlichen Leistungen unabhängiges Leben einzuräumen.“ ([www.save-me-kampagne.de](http://www.save-me-kampagne.de))

In aktuellen Debatten werden Flüchtlingen und Asylbewerbern jedoch gemeinhin Lern- und Integrationsfähigkeit abgesprochen. Ein Bericht des Schulleiters Michael Stenger über ein Projekt des Trägerkreises Junge Flüchtlinge e. V. München – finanziert aus kommunalen Mitteln, Stiftungen, durch Vereine und Spenden - möge hier für das Gegenteil stehen:

„So sieht die Welt der Münchner SchlaU-Schüler aus: eine Welt zwischen Schulausflügen und Asylanträgen. ‘SchlaU’ steht für ‘Schulanaloger Unterricht für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge’. Die 120 Schüler sind zwischen 17 und 21 Jahre alt und stammen aus über 20 verschiedenen Ländern, die meisten haben sich ohne ihre Familie nach Deutschland durchgeschlagen. Der Weg an die normale Hauptschule ist ihnen versperrt: Dort darf nur anfangen, wer im schulpflichtigen Alter ist, also unter 16. An der SchlaU-Schule lernen die Jugendlichen Deutsch und bereiten sich auf die Prüfungen für den einfachen oder den qualifizierenden Hauptschulabschluss ... vor. ... Unsere Arbeit reicht vom Aufbau und der Stärkung der Persönlichkeit der häufig traumatisierten Jugendlichen über die Alphabetisierung und das Deutschlernen bis hin zum Abschluss. Während dieser durchschnittlich zwei bis drei Jahre erwerben die elternlosen Flüchtlinge die Schlüsselqualifikationen, die sie brauchen, um in der Ausbildung und auf dem Arbeitsmarkt auf Dauer bestehen zu können. Im Schulabschlussjahr (Erfolgsquote  $\approx 95\%$ ) bringen wir sie in Praktika bei Firmen, um sie nach erfolgreichem Abschluss in die Ausbildung zu vermitteln (bisherige Quote: 75 – 80 %). Manche gehen auf weiterführende Schulen. Für die Ausbildungsdauer haben wir eine Nachbetreuung eingerichtet, deren Teilnehmer bisher alle ihre Ausbildung erfolgreich abschließen konnten. ... Die SchlaU-Schüler lernen neben Deutsch, Mathe, Ethik und Kunst vor allem eines: Wie man den Kopf niemals hängen lässt“ (Süddeutsche Zeitung online, 05.08.2009) „200 Jugendliche bewarben sich im letzten Jahr auf 40 Anfänger-Plätze an der SchlaU-Schule. Der Bedarf erklärt sich aus dem nicht vorhandenen staatlichen Angebot. Schulleiter Michael Stenger ärgert das. ‘Diese Leute hier haben ein ungeheures Potential’, sagt er. Mit seiner Arbeit will er vor allem eines beweisen: Jugendliche Ausländer sind keine Problemfälle. Sie werden dazu gemacht – wenn man sich nicht um sie kümmert. ... Die meisten der SchlaU-Schüler kommen aus Kriegsgebieten wie Afghanistan oder dem Irak. Manche waren in Afrika Kindersoldaten, andere flohen vor Beschneidung oder religiöser Verfolgung. Oft sind es auch die Erlebnisse auf der Flucht, die viele der SchlaU-Schüler traumatisiert haben. Der tägliche Lernstoff in der



Schule hilft, die schlimmen Gedanken für ein paar Stunden abzuschalten. ...“ (jetzt.de, 22.02.2010)

Solche und ähnliche Projekte zu entwickeln könnte – neben der Beseitigung wirtschaftlicher, politischer und sozialer Benachteiligung – zu einer wirklich humanen Asyl- und Flüchtlingspolitik beitragen. Wie Friedrich Wilhelm I. damit auch wirtschaftliche Aspekte zu verfolgen, ist legitim.

## **5 Einige Denkanstöße für die Soziale Arbeit**

Zur Lage von Flüchtlingen und Asylbewerbern und zur Flüchtlingssozialarbeit in der Bundesrepublik Deutschland stellte das Institut für angewandte Rechts- und Sozialforschung Wolfenbüttel im Jahr 2005 fest: „Häufig entstehen psychosoziale Probleme als Langzeitfolgen von Verfolgung, Flucht und Exil. Die Lebenssituation in Deutschland belastet durch weitere Faktoren wie Unterbringung in Sammelunterkünften und Statusunsicherheit mit daraus resultierenden Zukunftsängsten. Nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten Asylbewerber niedrigere Sozialleistungen als Deutsche<sup>17</sup>, überwiegend in Form von Sachleistungen. Für sie wie für Defacto-Flüchtlinge sind keine Hilfen zur Integration vorgesehen. Angesichts dieser Ausgangslage konzentriert sich Flüchtlingssozialarbeit auf Beratung in asyl-, aufenthalts- und sozialleistungsrechtlichen Fragen, Hilfestellung bei somatischen und psychischen Problemen, Lösung von Alltagsproblemen und Konflikten, Beratung bei Rückkehr und Weiterwanderung, Organisation von Bildungsangeboten sowie Öffentlichkeitsarbeit. Die finanzielle Förderung durch Bundes-, Landes- und Kommunalmittel wurde gekürzt. Die Unterstützung von Flüchtlingen wird überwiegend von freien Wohlfahrtsverbänden und daneben von Ehrenamtlichen in Initiativ- und Selbsthilfegruppen getragen.“ (www.irs-bs.de)

Zu Recht wird daher aktuell die Forderung nach einer „Re-Politisierung“ (www.bsz-bw.de) der Sozialen Arbeit gestellt, denn „Einwanderungspolitik ist zwangsläufig Gesellschaftspolitik“ (www.svr-migration.de). Im Mittelpunkt sollte hier stehen, dass Soziale Arbeit stärker als bisher öffentlich agiert und verdeutlicht, wie mit Propaganda gegen Flüchtlinge und Asylbewerber von gesellschaftlichen Problemen und Krisen abgelenkt

<sup>17</sup> vom Bundesverfassungsgericht im Juni 2012 für menschenunwürdig erklärt, die Bundesregierung hat daraufhin einen Arbeitskreis gebildet, um die Forderungen des Urteils zu realisieren

wird, eine „Integration“ der eigenen Bevölkerung durch Ausgrenzung der „Fremden“ erfolgt bzw. ihnen eine „Sündenbockfunktion“ bei gesellschaftlichen Problemlagen zugewiesen wird. (vgl. Gugel 1992: 15)

Ziel auch der Sozialen Arbeit muss es sein, in der Öffentlichkeit eine legitimierende Zustimmung für Flüchtlinge und Asylbewerber zu erreichen, einerseits als Kenzeichen einer demokratischen Gesellschaft mit menschenrechtlichem Wertefundament, andererseits auch für die Bildung einer reicheren nationalen Identität. (vgl. [www.svr-migration.de](http://www.svr-migration.de))

„Mit Umverteilung und Anerkennung sind die sozialpolitischen Grundprobleme unserer Zeit benannt. In der Migrationsgesellschaft stellen sie sich in verschärftem Maße:

- a) In der Migrationsgesellschaft haben die Menschen ein Bedürfnis nach Anerkennung ihrer kulturellen Besonderheit. Weil dessen Missachtung die Selbstverwirklichung einschränkt, müssen moderne, demokratische Gesellschaften entsprechende Anerkennungsverhältnisse gewährleisten.
- b) In der Migrationsgesellschaft dient die ethnische Zugehörigkeit als Ressource im Rahmen gesellschaftlicher Verteilungskämpfe. Insofern ist Ethnizität immer auch Produkt politischer Aushandlungsprozesse, in denen es darum geht, wer ein Anrecht auf knappe Ressourcen beanspruchen darf. ...

Hinsichtlich der Anerkennungsdimension lässt sich eine Migrationspolitik der Gleichheit, die das allen Menschen Gemeinsame – etwa in Form der menschlichen Würde – betont, von einer Migrationspolitik der Differenz unterscheiden, der es um die unverwechselbare Besonderheit eines Individuums oder Kollektivs geht. Auf der Umverteilungsdimension kann eine grenzerhaltende Migrationspolitik, bei der Umverteilung an die Aufrechterhaltung der ethnischen Gruppengrenzen gebunden ist, unterschieden werden von einer grenztranszendierenden Migrationspolitik, bei der Umverteilung über die Auflösung ethnischer Grenzziehungsprozesse geschieht. ... So ist Soziale Arbeit in der Migrationsgesellschaft gleichzeitig an der Herstellung von Verteilungsgerechtigkeit und der Gewährleistung von Anerkennung orientiert.“ (Otto/ Schrödter 2010: 14)

Intern ergeben sich für die Soziale Arbeit mit Flüchtlingen und Asylbewerbern drei permanent zu hinterfragende Problemstellungen:

- „Probleme der ... Sozialen Arbeit zwischen Ansprüchen nach Versorgungsgerechtigkeit und der Klientelisierung ... werfen die Frage danach auf, ob die jeweilige Soziale Arbeit erst die Differenzen hervorbringt, die sie dann homogenisieren will, oder ob sie diese Differenzen bereits vorfindet ...;

- Probleme der Legitimation von Unterscheidungspraxen entlang kultureller Unterschiede werfen die Frage auf, wie einerseits die kulturellen Bedürfnisse und Einbettungen sozialarbeiterischer Klientel angemessen wahrgenommen und in Hilfeprozessen berücksichtigt werden können, zum anderen vermieden werden kann, damit kulturelle Differenzen zu zementieren, die Exklusionen und strukturelle Diskriminierungen rechtfertigen bzw. Prozesse der Fremd- und Selbstethnisierung verfestigen statt diese aufzulösen ...;<sup>18</sup>
- Probleme von unterschiedlichen Graden der Freiwilligkeit bei der Inanspruchnahme sozialpädagogischer Leistungen werfen die Frage auf, inwieweit auch eine interkulturell orientierte Soziale Arbeit volle Professionalität im Sinne einer Reziprozität zwischen Professionellen und Klienten beanspruchen kann bzw. mit wachsender Unfreiwilligkeit bei Formen verordneter Maßnahmen eher eine semiprofessionelle Grundlage gegeben ist. Die im Doppelten Mandat Sozialer Arbeit angelegte Spannung zwischen Hilfs- und Ordnungsfunktion“ (Eppenstein/Kiesel 2008: 59) kommt hier besonders zum Tragen.<sup>19</sup>

<sup>18</sup> „In der Interkulturellen Pädagogik – auch in der Sozialen Arbeit – wird seit der Kritik am interkulturellen Paradigma Anfang der 1990er Jahre die Tragfähigkeit der Kategorien ›Ethnizität‹ und ›Kultur‹ in (sozial-) pädagogischen Situationen indessen hinterfragt und zum Teil radikal verworfen. So wird betont, dass eine ethnische Verengung des Kulturbegriffes dazu tendiere, Individuen auf ein stereotypes Verständnis von Herkunftskulturen zu reduzieren und festzulegen. Darüber hinaus führe die Betonung ethnisch-kultureller Differenzen zu deren Zementierung und rufe diese teilweise überhaupt erst hervor. Es bestünde die Gefahr, dass Ethnizität und Kultur einseitig als Erklärungsmuster sozialer Probleme erhielten, soziostrukturelle Dimensionen, vor allem soziale Ungleichheit und Diskriminierungserfahrungen, daher vernachlässigt würden.“ (Hahn 2011: 12)

Zu überdenken ist in diesen Zusammenhang der Vorschlag für „eine interkulturelle Öffnung der Mailstream-Angebote Sozialer Arbeit, um ihnen mehr Teilhabe zu ermöglichen“ ([www.bsz-bw.de](http://www.bsz-bw.de))

<sup>19</sup> Das Unabhängige Forum kritische Soziale Arbeit verdeutlichte dieses Problem am Beispiel der „Integrationsvereinbarung“: „Eine solche Vereinbarung, so heißt es, ermögliche ´...die verbindliche Zusage eines Migranten, die ihm gewährten Angebote auch zu nutzen`. Fälschlicherweise wird hier suggeriert, dass eine erfolgreiche Integration vor allem von der Motivation der Betroffenen selbst und nicht in erster Linie von strukturellen Voraussetzungen, wie z.B. der Situation auf dem Arbeitsmarkt oder der Anerkennung von Abschlüssen, abhängt. ... Im Fokus des Modellprojekts Integrationsvereinbarung steht weiterhin die verstärkte, systematische Zusammenarbeit mit den Akteuren vor Ort, sprich Arbeitsagenturen, kommunaler Ausländerbehörde und Sprachkursträgern. Mittels Kooperationsvereinbarungen sollen Zuständigkeiten und konkrete Formen und Abläufe der Zusammenarbeit geregelt werden. ... In der Migrationsberatung wird vielerorts nach wie vor mit und trotz konzeptionellen Veränderungen eine gute und anwaltschaftliche, an den Bedürfnissen der Klientel orientierte Beratung vorgehalten. Mit den beschriebenen (s.S. 36)

Ausgangspunkt der vorliegenden Arbeit war der „Weltflüchtlingstag“ am 20. Juni. Menschen, die gezwungen sind – ob nun durch Kriege, Krisen, politische Unterdrückung, Ausbeutung oder ungerechte Lebensbedingungen - nach einer neuen „Heimat“ zu suchen, nützt kein Gedenktag – sie benötigen Hilfe, Anerkennung und gleiche Rechte. Teilhabe und Bildung müssen an die Stelle von „Rückkehrförderung“ und Diskriminierung treten. Ein „Vertragsschluss“ im Hobbesschen Sinne könnte dazu beitragen.

(Fortsetzung von S. 35) Entwicklungen wird jedoch deutlich, dass von staatlicher Seite eine aktivierende Migrationsberatung angezielt ist, mit der die Dienste Gefahr laufen, letztlich herrschende Ansprüche gegen ihre Adressaten durchzusetzen und deren Partizipation zu sichern. Die Einführung der Integrationsvereinbarung könnte hier eine Zäsur darstellen. ([www.einmischen.info](http://www.einmischen.info))

## **Literatur- und Quellenverzeichnis**

### **Literatur**

Armstedt, Richard (1899): Geschichte der Haupt- und Residenzstadt Königsberg in Preußen. Stuttgart (Hobbing und Büchle)

Brock, Paul (1984): Die Salzburger in Ostpreußen. Leer (G. Rautenberg)

Eppenstein, Thomas/ Kiesel, Doron (2008): Soziale Arbeit interkulturell – Theorien, Spannungsfelder, reflexive Praxis. Stuttgart (Kohlhammer)

Euchner, Walter (1985): Thomas Hobbes. In: Fetscher, I./ Münkler, H. (Hrsg.): Pipers Handbuch der politischen Ideen, Bd. 3. München, S. 353-368

Grenz, Rudolf (1971): Stadt und Kreis Gumbinnen- Eine ostpreußische Dokumentation. Marburg (Kreisgemeinschaft Gumbinnen)

Gugel, Günther (1992): Ausländer – Aussiedler – Übersiedler. Fremdenfeindlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland. Tübingen (Verein für Friedenspädagogik)

Hahn, Kathrin (2011): Alter, Migration und Soziale Arbeit. Bielefeld (transcript)

Hartmann, Christoph (2005): „Homo homini lupus“ – Zur Interpretation der Anthropologie und des Naturzustands in Thomas Hobbes „Leviathan“. München (GRIN)

Hermanowski, Gerhard (2004): Ostpreußen Lexikon. Würzburg (Kraft)

Hobbes, Thomas (2009): Der Leviathan oder Stoff, Form und Gewalt eines kirchlichen und staatlichen Gemeinwesens. Köln (Anaconda)

Kleine, Andreas (2006): Carl Schmitts Liberalismuskritik im Vergleich zu Hobbes „Leviathan“. München (GRIN)

Luther, Christoph (2010): Thomas Hobbes, Gott und die Welt. In: Rechtstheorie 41. Berlin. S. 365-399

Metasch, Frank (2011): Exulanten in Dresden – Einwanderung und Integration von Glaubensflüchtlingen im 17. und 18. Jahrhundert. Leipzig (Universitätsverlag)

Meyer, Joseph (Hrsg.) (1860): Meyers Konversations-Lexikon für alle Stände. Hildburghausen und New York (Bibliographisches Institut)

Moritz, Albrecht (2012): Jeder nach seiner Façon. In: Dachreiter 01/2012. Königsfeld, S.2

Otto, Hans-Uwe/ Schrödter, Mark (2010): Soziale Arbeit in der Migrationsgesellschaft – Von der Assimilation zur Multikulturalität – und zurück?. In: neue praxis Sonderheft 8. Lahnstein, S. 1-18

Reingrabner, Gustav (1976): Über die Anfänge von reformatorischer Bewegung und evangelischem Kirchenwesen in Niederösterreich. In: Unsere Heimat 47/1976. St. Pölten, S. 151-169

Schultze, Günther (2007): Einwanderungsland ohne Einwanderungspolitik – Chancen einer gesteuerten Zuwanderung nach Deutschland. In: Friedrich-Ebert-Stiftung: WISO direkt – Analysen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik 12/2007. Bonn, S. 1-4  
Stascheit, Ulrich (Hrsg.) (2008/ 09): Gesetze für Sozialberufe – Die Gesetzessammlung für Studium und Praxis. Frankfurt am Main (Fachhochschulverlag)

Stein, Norbert (2007): Logistische Meisterleistung. In: Preußische Allgemeine Zeitung 34/2007. Hamburg, S. 5

Utzinger; André (2005): Thomas Hobbes' „Leviathan“. Anatomie eines Staats-Wesens. Zürich (Schweizerische Gesellschaft für Symbolforschung)

Zaisberger, Friederike (1981): Reformation, Emigration – Protestanten in Salzburg. Salzburg (Amt der Salzburger Landesregierung)

Zaisberger, Friederike (2008): Geschichte Salzburgs. Wien (Verlag für Geschichte und Politik)

### **Quellen**

[www.academic.ru](http://www.academic.ru) (Akademische Wörterbücher und Enzyklopädien) (aufgerufen im gesamten Bearbeitungszeitraum)

[www.bsz-bw.de](http://www.bsz-bw.de) (Nettelroth, J.: Yes they can! - Flüchtlinge werden selbst aktiv) (aufgerufen 12.01.2012)

[www.einmischen.info](http://www.einmischen.info) (Unabhängiges Forum kritische Soziale Arbeit: Zur Etablierung aktivierender Sozialpädagogik am Beispiel des Umbaus der Migrationsberatung) (aufgerufen 02.01.2013)

[www.familienforschung-luebeck.de](http://www.familienforschung-luebeck.de) (Huß, G.: Die Emigration der evangelischen Salzburger) (aufgerufen im gesamten Bearbeitungszeitraum)

[www.gesundheitberlin.de](http://www.gesundheitberlin.de) (Brzank, P., Stahl, E., Groß, J.: Ungeklärter Aufenthalt und psychosoziale Belastung – Beitrag auf dem 7. Kongress Armut und Gesundheit am 30.11. und 01.12.2001) (aufgerufen 31.08.2012)

[www.historisches-franken.de](http://www.historisches-franken.de) (Preußisches Einladungs-patent) (aufgerufen 14.07.2012)

[www.ieg-ego.eu](http://www.ieg-ego.eu) (Schunka, A.: Lutherische Konfessionsmigranten) (aufgerufen 14.05.2012)

[www.irs-bs.de](http://www.irs-bs.de) (Institut für angewandte Rechts- und Sozialforschung Wolfenbüttel: Migrationssozialarbeit) (aufgerufen 02.01.2013)

[www.jetzt.de](http://www.jetzt.de) (Kistner, A.: Sie kennen kein Heimweh) (aufgerufen 22.11.2012)

[www.jungewelt.de](http://www.jungewelt.de) (Dunan, N.: Es ist unwürdig, um Bildung betteln zu müssen) (aufgerufen 09.07.2012)

[www.jungewelt.de](http://www.jungewelt.de) (Senft, G.: Hungern für Rechte – Flüchtlinge im Portrait) (aufgerufen 12.01.2013)

[www.neues-deutschland.de](http://www.neues-deutschland.de) (Vogel, S.: Systematisch gegen Schulpflicht) (aufgerufen 10.03.2011)

[www.pfaenders.com](http://www.pfaenders.com) (Glaubensvertrieben aus Österreich) (aufgerufen im gesamten Bearbeitungszeitraum)

[www.preussen-chronik.de](http://www.preussen-chronik.de) (Militärstaat Preußen - Das preußische Militär: Ein Staat im Staate?) (aufgerufen 03.05.2012)

[www.rauhfasler.de](http://www.rauhfasler.de) (Frontispiz des „Leviathan“) (aufgerufen 03.05.2012)

[www.salzburg.com](http://www.salzburg.com) (Stadt- und Regionalportal Salzburg) (aufgerufen im gesamten Bearbeitungszeitraum)

[www.save-me-kampagne.de](http://www.save-me-kampagne.de) (save me – Flüchtlinge aufnehmen!) (aufgerufen 22.11.2012)

[www.skriptenforum.net](http://www.skriptenforum.net) (Haug-Moritz, G.: Grundprobleme der Neuzeit) (aufgerufen 03.05.2012)

[www.sueddeutsche.de](http://www.sueddeutsche.de) (Eder, K.: Hilfe in der Fremde) (aufgerufen 22.11.2012)

[www.sueddeutsche.de](http://www.sueddeutsche.de) (Prantl, H.: Ein warmes Bett im Gefängnis) (aufgerufen 11.01.2013)

[www.sueddeutsche.de](http://www.sueddeutsche.de) (Prantl, H.: Flüchtlinge als Verbrecher) (aufgerufen 18.06.2012)

[www.svr-migration.de](http://www.svr-migration.de) (Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration: Migration, Integration, Politik und wissenschaftliche Politikberatung in Deutschland) (aufgerufen 12.12.2012)

[www.sz-online.de](http://www.sz-online.de) (Prenzel, H.: Besuch mit Signalwirkung: Gauck im Asylbewerberheim) (aufgerufen 12.12.2012)

[www.unhcr.de](http://www.unhcr.de) (Protokoll über die Rechtsstellung der Flüchtlinge BGBl. Nr. 78/1974) (aufgerufen 11.01.2013)

[www.unhcr.de](http://www.unhcr.de) (UNHCR-Report 2011) (aufgerufen 20.06.2012)

[www.unhcr.org](http://www.unhcr.org) (Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951) (aufgerufen 11.01.2013)

## **Erklärung**

Ich erkläre, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Literatur und Hilfsmittel angefertigt habe.

Dresden, 18. Januar 2013